I.

Die Entstehung der Stadtgemeinde Köln.

Kritische Bemerkungen zur ältern Kölner Verfassungsgeschichte.

Von

Herrn Professor Dr. **Konrad Beyerle**

in Göttingen.

In dem Pessimismus, der die Stadtrechtshistoriker angesichts der Schwierigkeiten, Kölns älteste Verfassungszustände aufzuhellen, erfaßt hatte, bedeutet das Buch von Heldmann¹⁾ den Tiefpunkt. Seitdem ist eine Literatur erwachsen, die von verschiedenen Grundanschauungen aus mit verjüngten Kräften dem alten, seit Eichhorns Tagen im Mittelpunkt des städtegeschichtlichen Interesses stehenden Problem nachgegangen ist. Die Hauptpunkte der Diskussion bildeten zuletzt die Entstehung der Gesamtgemeinde Köln und die Stellung des höchsten stadtherrlichen Richters, des Burggrafen. Die „Studien zur älteren Verfassungsgeschichte Kölns“, die G. Seeliger in Verbindung mit quellenkritischen Untersuchungen der zwei wichtigen Kölner Urkunden von (angeblich) 1169, der sog. Burggrafenurkunde und der Vogt-urkunde, veröffentlicht hat²⁾, bieten ein zusammenfassendes Bild der in Betracht kommenden Grundfragen.³⁾ Freilich das letzte Wort bedeuten auch sie nicht. Nicht nur hat der inzwischen erschienene, durch Seeligers Buch veranlaßte

¹⁾ K. Heldmann, Der Kölngau und die Civitas Köln (1900).

— ²⁾ G. Seeliger, Studien zur älteren Verfassungsgeschichte Kölns. Zwei Urkunden des Kölner Erzbischofs von 1169. Abhandlgn. der kgl. sächs. Ges. d. Wiss. Bd. 26 (1909). — ³⁾ Vgl. mein vorläufiges Referat in der lit. Beilage der Köln. Volksztg. 1910 Nr. 13, S. 105f.

Zeitschrift für Rechtsgeschichte. XXXI. Germ. Abt.

polemische Schriftwechsel zwischen Rietschel und Seeliger neue Momente zutage gefördert. Seeligers Studien boten neuestens auch v. Below mit die Veranlassung, in einem kritischen Aufsatz zu den Kernfragen der älteren Stadtverfassung Stellung zu nehmen, die durch die Überschrift: „Stadtgemeinde, Landgemeinde und Gilde“¹⁾ gekennzeichnet sind. Zuletzt hat aber auch der Kölner Stadtarchivar Keussen, der gründlichste Kenner der historischen Topographie von Köln, zu den Grundproblemen der Kölner Verfassungsgeschichte erneut Stellung genommen.²⁾ Seine Ausführungen bilden eine wertvolle Frucht und Ergänzung der Studien Seeligers.³⁾

So wird es gerechtfertigt erscheinen, daß auch in dieser Zeitschrift eine Übersicht über die jüngste Literatur zur Kölner Verfassungsgeschichte geboten wird. Beabsichtigt ist dabei, aus dem gepflogenen Meinungsaustausch das Bleibende herauszustellen, Zweifelspunkte aufzuhellen, in der zwischen Rietschel und Seeliger entbrannten Polemik vielleicht einen *Aditus pacis* zu schaffen.⁴⁾

Die Entstehung einer Stadtverfassung darstellen, heißt das Auftreten jener verfassungsgeschichtlichen Erscheinungen nachweisen, deren Vorhandensein das Wesen der mittelalter-

¹⁾ Vierteljahrsschrift f. Sozial- und Wirtschaftsgesch. Bd. 7 (1909), 411 ff. — ²⁾ H. Keussen, Die Entwicklung der älteren Kölner Verfassungsgeschichte u. ihre topographische Grundlage, Westd. Zeitschr. 28 (1910), 465 ff. — ³⁾ Das soeben erschienene Monumentalwerk desselben Verfassers, Topographie der Stadt Köln im MA. (2 Bde. und Atlas, Bonn 1910, von der Ges. f. rhein. Geschichtskunde gekrönte Preisschrift), konnte im folgenden nicht mehr näher berücksichtigt werden. Indes ist der kritische Apparat Keussens zu den hier zu behandelnden Fragen in der in Anm. 2 genannten Abhandlung niedergelegt. — ⁴⁾ Die zwischen den beiden hochverdienten Forschern entbrannte Fehde ist im Interesse der Wissenschaft lebhaft zu beklagen. Aus rein sachlichen Gründen bedauere ich, daß Seeliger in seinen „Studien zur älteren Verfassungsgeschichte Kölns“ die Ergebnisse der Forscherarbeit von Rietschel beiseite läßt. Ich muß mich hier dem Proteste v. Belows (a. a. O., 416 Anm. 2) zugunsten Rietschels anschließen. Die Differenzpunkte zwischen beiden Forschern in der materiellen Bewertung der Burggrafenurkunde von (angeblich) 1169 sind nicht so bedeutend, wie Seeliger meint. Auf das „*Judicium de hereditatibus*“ (vgl. Keutgen, Urkunden Nr. 17, Ziff. 1, 7) werde ich in andern Zusammenhänge zurückkommen.

lichen deutschen Stadt im Rechtssinne ausmacht: Markt, Gericht, Befestigung und Gemeinde.¹⁾ In seinem neuesten Aufsatz fügt v. Below hinzu²⁾: die privilegierte Stellung der Stadt in militärisch-finanzieller Hinsicht und, mit einem Vorbehalt, die Geltung des Satzes „Luft macht frei“ als der Grundlage einer freien Bürgergemeinde. Wir können uns für die ältere Kölner Verfassungsgeschichte auf die ersten vier Punkte beschränken. Daß sie auch durch v. Below an erste Stelle gesetzt sind, bedeutet im Vergleich mit den früheren Arbeiten v. Belows ebensoviele Schritte seiner Annäherung an das, was man die modifizierte Marktrechtstheorie nennen kann. Sie sollen aber im folgenden im Hinblick auf die eigenartigen Kölner Verhältnisse so angeordnet werden, daß in sechs Abschnitten zur Erörterung gelangen: Die Entwicklung der Stadtherrschaft des Erzbischofs und die gerichtliche Exemption Kölns, Vorhandensein und Charakter der ältesten Gemeinde, Grundbesitzfragen und Bürgerrecht, die Marktsiedelung der Rheinufervorstadt, die Stellung der Kaufmannsgilde, endlich die Frage der Bildung der Gesamtgemeinde Köln im 12. Jahrhundert.

Früher als anderswo hat sich in der alten Colonia Agrippina städtisches Leben entwickelt. Daher der große Reiz, gerade dieser Stadtverfassung nachzuforschen. Daher aber auch die Schwierigkeit der Untersuchung. Denn sie muß aus dürftigen Quellen dunkler Jahrhunderte ein einigermaßen geschlossenes Bild herausstellen. Schon der Altmeister der Kölner Verfassungsgeschichte, Karl Hegel, hat die Situation durchaus richtig gezeichnet.³⁾ Die Quellen der in Betracht kommenden Zeit (10.—12. Jahrhundert) gestatten zwar in allgemeinen Umrissen ein Erkennen der stadtherrlichen Rechte, die Entstehung und Ausbildung der autonomen Bürgergemeinde bleibt dagegen fast völlig im Dunkeln. In der späteren Stauferzeit „steht dagegen die Bürgerschaft in Einungen verschiedener Art unter selbstgewählten Vorstehern wie auf einmal fertig da“.

¹⁾ R. Schröder, *Lehrb. d. dtsh. Rechtsgeschichte* 5. Aufl. (1907), 636f.; Brunner, *Grundzüge d. dtsh. Rechtsgeschichte* 4. Aufl. (1910), 158. — ²⁾ Vgl. v. Below a. a. O., 412. — ³⁾ K. Hegel, *Verf.-Gesch. v. Köln* (Städtechroniken Bd. 1), S. XXII.

1. Die Stadtherrschaft des Erzbischofs von Köln.

Seit Hegel die einst herrschende Annahme von einem Fortleben römischer Verfassungseinrichtungen in den mittelalterlichen Städten endgültig beseitigt hat¹⁾, muß jede städtische Verfassungsgeschichte von der Klarlegung der öffentlichen Dingverbände ausgehen, in deren Gebiet die betreffende Stadt fällt und aus denen sie sich zur rechtlichen Sonderexistenz entwickelt hat. Denn sie besaß eine solche nach übereinstimmender Auffassung zunächst nicht, da das altgermanische und fränkische Staatswesen nur größere, nicht auf eine Ortschaft begrenzte und beschränkte Verbände des öffentlichen Rechts kannte. Der Prozeß dieser Ausscheidung aus den volks- und königsrechtlichen Gerichtsbezirken ist das erste Kapitel der lokalen Verfassungsentwicklung. Der Weg führt, wie wir seit Rietschels „Markt und Stadt“ endgültig wissen, bei allen aus Marktgründungen hervorgegangenen Städten durch die Grundherrschaft. Bei den großen Römerplätzen wie bei Köln liegen die Dinge nicht so einfach. Hier standen neben den öffentlichen Dingverbänden die besonderen Rechte der königlichen Gewalt. Sie gaben diesen mit Mauern fest bewehrten Großburgen der Frühzeit den Charakter als „*Civitates publicae*“²⁾ und als Reichsburg. Ihre rechtliche Sonderstellung gegenüber dem Flachland bahnte sich dadurch seit Karolingertagen an, weiter ausgebildet wurde sie durch die entstehende Stadtherrschaft der in ihnen residierenden Bischöfe. Auf diese gingen die königlichen Befugnisse über.

Köln, einst die Residenz der Ribuarierkönige, war seit Einrichtung germanischer Dingverbände im alten Ubierlande der wichtigste Platz des Kölngaus. Wie Oppermann nachwies, gehörte die Stadt Köln selbst dem Hochgerichtsbezirk des Kölngaus an³⁾ und nahm nicht, wie Heldmann wollte, eine gerichtliche Sonderstellung von Anfang ein. Im späteren Burggrafen von Köln vereinigen sich die Amtsstellungen

¹⁾ Vgl. auch H. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte II, 197 ff.

— ²⁾ Vgl. Rietschel, Die Civitas auf deutschem Boden (1894), 73 ff.

— ³⁾ O. Oppermann, Krit. Studien zur ältern Kölner Geschichte III, Westd. Zeitschr. 21 (1902), 4 ff., 16 ff.

eines königlichen Burgkommandanten und eines fränkischen Grafen über den Kölngau. An diesem gesicherten Resultat der Rietschelschen Forschung hat Seeliger nichts zu ändern vermocht. Nicht völlig klargestellt ist dagegen das Verhältnis des Kölngaus zu den übrigen ribuarischen Gauen in der Umgebung von Köln, dem Kutzgau, dem Gilgau und dem Nievernheimer Gau. Schon Hegel nahm an¹⁾, daß diese Gaue um Köln nicht sämtlich Grafschaftsgaue, sondern nur „Untergaue oder Hundertschaftsgaue“ gewesen sein könnten. Heldmann wollte den Gilgau als den die andern mitumfassenden Grafschaftsgau erweisen, während Oppermann die vier Gaue, ähnlich wie Hegel, sich gleichgeordnet als Teile einer Grafschaft gegenüberstehen läßt. Für die Kölner Verfassungsgeschichte kommt auf dieses Verhältnis des Kölngaus zu den andern weitergelegenen Dingverbänden nicht allzuviel an. Doch gewinnt die Auffassung, die in dem Kölngau nur ein, wenn auch reichlich bemessenes Hundertschaftsgebiet sieht, dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß die Untersuchungen von Oppermann ergeben haben, daß außerhalb von Köln eine Dingstatt, die einer alten Hundertschaft mit Wahrscheinlichkeit zugewiesen werden könnte, im ganzen Kölngau nicht nachweisbar ist. Davon kann jedenfalls keine Rede sein, und insofern ist diese Feststellung für das Weitere von Belang, daß etwa einzelne Kölner Vorstädte jemals ganze Hundertschaftsgebiete repräsentiert haben können. Sei dem allem wie ihm wolle, jedenfalls haben wir im fränkischen Köln den Sitz eines Grafen und in der Stadt selbst eine seiner Dingstätten zu suchen. Ja es steht nichts im Wege, in Köln als der alten Hauptstadt der Uferfranken die alleinige Dingstätte des Hundertschaftsverbandes, zu dem es gehörte, schon in fränkischer Zeit²⁾ zu suchen. Mit gutem Grund hat Rietschel angenommen, daß das den Kölner Bürgern im 12. Jahrhundert verliehene Privilegium de non evocando in erster Linie gegen Gerichtsstand und Dingpflicht der Kölner Bürger vor auswärtigen Dingstätten des Burggrafen innerhalb des Grafschaftsbezirks gerichtet gewesen ist.³⁾

¹⁾ A. a. O., XIV. — ²⁾ Vgl. unten S. 8. — ³⁾ Burggrafenurk. Ziff. 4 (Keutgen, Urkundensammlg., Nr. 17); Rietschel, Burggrafenamt, 157.

Seeliger versuchte sodann, für die Ermittlung der Kölngaugrenzen die Bannmeile heranzuziehen.¹⁾ Hier scheint Vorsicht geboten. Denn Lau hat nachgewiesen²⁾, daß die Begriffe von Burgbann und Bannmeile in Köln erst im 14. Jahrhundert vorkommen und vom Rate verwendet werden, um seine Landeshoheit außerhalb der Mauern der Stadt zu beweisen; er glaubte sogar aussprechen zu können, daß die Begriffe in Köln vom Rate aufgebracht seien. Demgegenüber halte ich mit Seeliger den Gegensatz von Burgbann als engerem Friedebezirk der ummauerten Stadt und von Bannmeile für alt. Die Zuweisung eines großen Gebietes im Umkreise eines Marktes als dessen ausschließliche Handels-sphäre begegnet schon seit 994³⁾, als Geleitsbezirk im Umfang einer Grafschaft seit 999.⁴⁾ Daher wäre an sich möglich, daß ein kölnischer Bannmeilenbezirk mit dem Kölngau identisch sein kann; über Vermutungen ist jedoch nicht hinauszukommen.⁵⁾

Übereinstimmung herrscht in der Frage der Begründung der erzbischöflichen Stadtherrschaft zu Köln. Während in den meisten anderen Bischofsstädten die Hoheitsrechte der geistlichen Stadtherren sich als Ausweitung der karolingischen Immunitätsprivilegien entwickelt haben, der Stiftsvogt an Stelle des Grafen getreten ist, fand zu Köln die Aufrichtung der Fürstenstellung des Erzbischofs ihre Bekrönung durch die Übertragung des Herzogtums Ribuarien an Bruno, den Bruder Ottos I. Freilich fehlen im Archiv des Erztifts Köln heute die königlichen Privilegien für die geistliche Stadtherrschaft, die anderwärts vorhanden sind. Seit lange hat aber die Kölner Verfassungsgeschichte die Wormser Urkunde von 979⁶⁾ beachtet, in der Otto II. dem Bischofe von Worms unter ausdrücklicher Verweisung auf die Stellung der Kölner Domkirche alle Banngefälle und Zolleinkünfte zu Worms überläßt. Otto I. urkundet zuletzt im Königshofe zu Köln.⁷⁾ Die Grafschaft im Kölngau

¹⁾ A. a. O., 33f. — ²⁾ Lau, Entwicklung der kommunalen Verfassung und Verwaltung der Stadt Köln (1898), 6. — ³⁾ Quedlinburg. Vgl. Keutgen, Urkundensammlg. Nr. 48. — ⁴⁾ Villingen. Keutgen a. a. O., Nr. 51. — ⁵⁾ Vgl. jetzt auch Keussen, Topographie I 44* zu N. 11. — ⁶⁾ Keutgen, Urkundensammlg. Nr. 2. — ⁷⁾ Vgl. Keussen, Topographie I, 25* f., II, 292.

aber muß damals in ein erzbischöfliches Lehen verwandelt worden sein. So bedurfte die erzbischöfliche Hochgerichtsbarkeit in Köln keines dazwischentretenden Vogtes. Als öffentlicher Verband wurde der Kölingau der erzbischöflichen Machtsphäre eingegliedert.¹⁾ Freilich hatte auch die Kölner Kirche für ihre weiteren Besitzungen einen Hochvogt edeln Standes, in die Gerichtsverfassung von Köln und Kölingau griff er aber nicht ein.²⁾

Hat man diese Sonderstellung des erzbischöflichen Köln gegenüber andern Bischofsstädten erkannt, so ist eine Hauptschwierigkeit der ältern Kölner Verfassungsgeschichte überwunden. Anderwärts trat zunächst durch die Immunitätsbildung eine Durchlöcherung der alten Dingverbände ein, sodann erst entstanden mit Erlangung der Hochvogtei seitens der geistlichen Reichsfürsten wieder grafchaftsähnliche Gebilde. Zu den gesichertsten Resultaten von Rietschels Forschungen gehört der Satz, daß die Vögte der Reichskirchen über Stadt und Land der geistlichen Territorien die Hochgerichtsbarkeit ausübten, daß sie nirgends für die Stadt allein bestellt waren. Die gerichtliche Exemption der Städte von den ländlichen Dingverbänden setzt daher nicht bei der hohen, sondern überall bei der niedern Gerichtsbarkeit ein. Die weltliche Grafenstellung des Kölner Burggrafen im Kölingau und in der Stadt Köln stellt mithin für die engere Verfassungsgeschichte von Köln nichts Außerordentliches dar. Die Sonderstellung der Stadt Köln im öffentlichen Rechte hat andere Ausgangspunkte. Sie wurde lediglich in ihrem Laufe befördert durch die schon erwähnte Bestimmung, daß spätestens seit dem 12. Jahrhundert der Burggraf wegen eines den Bürgern von Köln verliehenen Privilegs die Kölner nicht mehr vor auswärtige Dingstühle seines Grafchaftsbezirks laden durfte.

Wo wir seit dem 10. Jahrhundert Märkte auf grundherrlichem Boden entstehen sehen, ist mit der Marktgründung die Einrichtung eines öffentlichen Niedergerichts, des Markt-

¹⁾ Vgl. Hegel a. a. O., XXIff.; Derselbe, Entstehung d. Städtewesens (1898), 79; Oppermann a. a. O., 35; Rietschel a. a. O., 158, 161; Seeliger a. a. O., 100, 104, 113f. — ²⁾ Vgl. Rietschel a. a. O., 150f.

gerichts, verknüpft.¹⁾ Den umliegenden grundherrlichen Bildungen tritt es in freier Sonderexistenz nach dem Vorbild einer landrechtlichen Hundertschaft gegenüber. Marktrecht und Marktgericht bergen eine Dinggemeinde, deren Genossen nicht hofrechtlich gebunden, sondern freizügig sind, sie sind die Keimzellen der bürgerlichen Freiheit geworden. Die alten Römerstädte, Köln an ihrer Spitze, waren die Vorbilder der Marktgründungen. Dort müssen seit karolingischer Zeit die Voraussetzungen erfüllt gewesen sein, die die öffentlichen Momente des Marktes ausmachen. Es sind das: Marktgericht, Marktpolizei, Münze und Zoll. Vom Könige schreiben sich diese Rechte her, auch nachdem sie in die Hände anderer Marktherren übergegangen waren. Gewiß waren auch im karolingischen Köln spätestens seit den Tagen des Edictum Pistense²⁾ alle diese Merkmale städtischen Lebens schon vorhanden, genossen Handel und Wandel in den alten Römermauern den Schutz des dinglichen Königsfriedens. Damit war aber auch die rechtliche Sonderstellung der Colonia Agrippina gegenüber den älteren Dingverbänden bereits angebahnt, noch bevor die Stadtherrschaft des Erzbischofs zu voller Entwicklung gelangt war. Was wir einige Jahrhunderte später für das Hochgericht sich vollziehen sehen, die Loslösung der Kölner Bürgerschaft aus der Dingpflicht und Gerichtsstandschaft vor auswärtigen landrechtlichen Dingstätten, das war für die Niedergerichtsbarkeit sicherlich schon damals erreicht. Das königliche Köln der Karolingerzeit repräsentiert landrechtlich eine Hundertschaft für sich, und zwar gilt dies von der ummauerten Römerstadt als dem Kern und Ausgangspunkt alles bürgerlichen Lebens. War sie schon früher Vorort und alleinige Dingstätte einer volksrechtlichen Hundertschaft gewesen, so bedurfte es in der Tat keiner großen Änderung der Gerichtsverfassung, um Köln sein eigenes, auf die städtischen Bewohner beschränktes Gericht zu geben.³⁾ Unter unmittelbarem Königsschutz muß sich so

¹⁾ Vgl. Rietschel, Markt und Stadt, 161; Schröder, Lehrb. d. dtsh. Rechtsgeschichte ¹, 643. — ²⁾ Vgl. Rietschel, Markt und Stadt 1897), 26f. — ³⁾ Hierüber m. E. sehr richtig Oppermann a. a. O., S. 28: „Der entscheidende Unterschied zwischen Altgemeinde und Markt-gemeinde ... beruht darauf, daß die Mitglieder der Altgemeinde als

die gerichtliche Emanzipation Kölns gegenüber den volkrechtlichen Verbänden der Frühzeit vollzogen haben; der Erzbischof brauchte seit dem 10. Jahrhundert nur in vorhandene Gebilde der königlichen Machtsphäre und damit des öffentlichen Rechts nachzufolgen. Daher mußte in Köln das bürgerliche Gericht des Marktrechts nicht durch die Zwischeninstanz einer geistlichen Immunität hindurchgehen und so auf grundherrlichem Boden eine Organisation des öffentlichen Rechts neu schaffen. Wie sich das Hochgericht des Burggrafen aus einer königlichen Grafschaft in ein kölnisches Lehen verwandelte, so bedeutete die Aufgabe der königlichen Hoheitsrechte an den Erzbischof im 10. Jahrhundert auch für all die Einrichtungen, die man im weitesten Sinne unter dem Worte Marktrecht zusammenfassen kann, eine kontinuierliche Weiterentwicklung bereits vorhandener Rechtsgebilde.

Freilich gab es zu der Zeit, da die Stadt Köln ihr rechtliches Sonderdasein neben den Gerichten des Kölngaus anhub, sicherlich in Köln und seiner Umgebung grundherrliches Land und hörige Leute, über welche sich eine private Gerichtsbarkeit schon entwickelt hatte. Oppermann hebt als Momente der Durchlöcherung der alten einheitlichen Kölngaugrafschaft in erster Linie das Bistum selbst hervor¹⁾, das für seine in Stadt und Kölngau gesessenen Hörigen und gelegenen Besitzungen zweifellos seit karolingischer Zeit die Immunität besaß und eine private Immunitätsgerichtsbarkeit darüber entfaltet haben muß. Dagegen ist die rechtliche Stellung der alten vorstädtischen Stifter St. Gereon und St. Severin, für welche Heldmann den Besitz von hochvogteilichen Befugnissen annahm²⁾, durch Oppermann dahin aufgeklärt worden³⁾, daß sie in alter Zeit ohne besonderen Vogt waren, sich vielmehr als Defensors in Rechtsangelegenheiten des Erzbischofs oder eines seiner Beamten zu bedienen hatten.

Gerichtsgenossen der bestehenden Gerichtsverfassung vollberechtigt eingegliedert sind. Von der Marktgemeinde dagegen muß .. eine neue Gerichtsorganisation geschaffen werden.“

¹⁾ A. a. O., 18 ff. — ²⁾ A. a. O., 107 f. — ³⁾ A. a. O., 21.

Daß aber der Erzbischof selbst neben dem königlichen Köln und der Kölngaugrafschaft seit alters für seinen grundherrlichen Rechtskreis Beamte besaß, ist nicht zweifelhaft. Dabei muß ebenso an Wirtschaftsbeamte, die als private grundherrliche Niederrichter fungierten, wie an den Vogt der Kölner Kirche gedacht werden, der sich im Erzstift Köln, wie anderwärts, aus privaten Anfängen seit Erlangung der hohen Gerichtsbarkeit durch den Erzbischof zum Hochvogt des Stiftslandes entwickelte. Es ist nicht einzusehen, weshalb in Köln der überall beobachtete Gegensatz zwischen grundherrlicher Gerichtsbarkeit und öffentlichen Dingverbänden in und außerhalb der Stadt Köln nicht bestanden haben soll, mag auch die außerordentlich früh einsetzende Blüte der städtischen Entwicklung in Köln selbst das einst vorhandene grundherrliche Gericht sehr früh in den öffentlichen Gerichten der Bürgerschaft haben aufgehen lassen. Das Kölner Vogtgericht hat sich, was die Hochgerichtsbarkeit angeht, für Köln selbst mit dem Gericht des Burggrafen vereinigt. Man kann auch sagen: wenn zu der Zeit, da die gräflichen Rechte im Kölngau Lehen des Erzstifts wurden, die Hochvogtei des Erzbischofs bereits voll entwickelt war, so hat die Vereinigung beider Sphären in der Hand des Erzbischofs es, ungewiß wann, jedenfalls aber vor der Mitte des 11. Jahrhunderts dahin gebracht, daß der Hochvogt der Kölner Kirche in der Stadt Köln weder über Bürger, noch über eine erzstiftische Fronhofgemeinde mehr zu richten hatte.

Während diese Frage in der bisherigen Literatur im dunkeln bleibt, ist neuestens über ein anderes Amt des Erzbischofs, den seit 1061 bezeugenden Stadtvogt (*advocatus urbis*), ein lebhafter Meinungsaustrausch in Gang gekommen. Die Burggrafenurkunde von angeblich 1169 erzählt gleich zu Eingang, der Vogt sei früher Schultheiß (*scoltetus archiepiscopi Coloniensis*) genannt worden. Gestützt auf diese Nachricht, hat zuerst Oppermann den Gedanken ausgesprochen¹⁾, das Fehlen einer besonderen grundherrlichen Gerichtsgemeinde in Köln in historisch verfolgbare Zeit

¹⁾ A. a. O., 20.

erkläre sich daraus, „daß der bisherige Schultheiß des Immunitätsgrafengerichts, der unfreie Vogt, als Schultheiß im Stadtgrafengericht übernommen wurde . . . Das Kölner Immunitätsgericht ist also mit dem öffentlichen Gericht verschmolzen“. In klarerer Formulierung hat sodann Riet-schel¹⁾ den Gedanken eines Aufgehens des grundherrlichen Gerichts des Erzbischofs in der öffentlichen Gerichtsverfassung und der Personalunion eines grundherrlichen und eines öffentlichen Amtes im Kölner Stadtvogt entwickelt. Das Kölner Dienstrecht zeigt ihn uns als ersten Urteilsfinder im Dienstmannengericht des Erzbischofs. Er ist selbst Ministeriale und mithin Genosse der *Familia ecclesiae Coloniensis*. Das Dienstgericht der Kölner Dienstmannen ist aber selbst nichts anderes als ein ständisch gehobenes Unfreiengericht. Anderseits entspricht die Stellung des Stadtvogts in der Tat derjenigen des ordentlichen städtischen Richters, wie sie uns aus den städtischen Verfassungsurkunden anderer Orte genugsam bekannt ist. Er ist der *Judex publicus* der *Civitas* Köln im Sinne des Marktrechts. Auf einige Punkte, die „nicht zu dem Bilde eines Schultheißen passen wollen“, hat Rietschel aufmerksam gemacht: auf seine unmittelbare Ernennung durch den Erzbischof statt durch den Burggrafen, namentlich aber auf seinen Ausschluß aus dem echten Ding des Burggrafen. Indes für all dies reicht die Besonderheit in der Kölner Verfassung, daß das Hochgericht in der Stadt Köln auf eine königliche Grafschaft zurückführt und nicht bischöfliche Vogtei war, als Erklärung vollkommen aus. Eine ganz ähnliche Verbindung von grundherrlicher und marktherrlicher Gerichtsbarkeit, wie sie hier für Köln angenommen wird, kennt die Verfassungsgeschichte der kölnischen Stadt Soest im 12. Jahrhundert.²⁾ Ist es im übrigen einmal gestattet, das Kleinste zur Erklärung des Größten heranzuziehen, so sei auf die Personalunion zwischen grundherrlichem Maieramt (*villicus*) und öffentlichem Marktgericht hingewiesen, wie sie uns in der Radolfzeller Marktrechtsurkunde von 1100 entgegentritt.³⁾ Auch dort sehen wir

¹⁾ Westd. Zeitschr. Bd. XXII, 334 f.; Derselbe, Burggrafenamt etc., 164 f. — ²⁾ Vgl. Ilgen, Deutsche Städtechroniken Bd. 24 (1895), S. LXXXV. — ³⁾ Keutgen, Urkunden Nr. 100.

einen Beamten für zwei Gerichtsgemeinden tätig werden, bis schließlich in dem kleinen Bodenseestädtchen die Fronhofgemeinde mit der Marktgemeinde verschmolzen wird (1267). Ich finde daher keine Schwierigkeit darin, mit Rietschel die Entstehung der Kölner Stadtvogtei aus einer ganz ähnlich gelagerten Verschmelzung einer grundherrlichen und einer öffentlichen Richterstellung herzuleiten. Die Gründe, die Seeliger neuestens dagegen ins Feld führt¹⁾, vermögen nicht vom Gegenteil zu überzeugen. Daß die Übertragung bischöflichen Landes an das Stift Groß-St. Martin im 10. Jahrhundert zu keiner Sondergerichtsbildung grundherrlicher Art führte, erklärt die eigenartige Entwicklung der Rheinvorstadt aus einem großen Marktgelände zu einer Erweiterung der Altstadt Köln, wie noch zu zeigen sein wird.²⁾

2. Die Gemeinde der Altstadt Köln.

Nächst den Fragen des Ursprungs und der Ausgestaltung der erzbischöflichen Stadtherrschaft in Köln steht das Gemeindeproblem wie kein zweites im Mittelpunkt der Erörterung.

Die Gemeindebildung spielt in der Kölner Verfassungsgeschichte mehrmals eine Rolle. Sie ist für die Entstehung genossenschaftlichen Lebens innerhalb der durch die Römermauern begrenzten Altstadt Köln und für die altstädtischen Parochialgemeinden ebenso zu untersuchen wie für den Ursprung der Gesamtgemeinde Köln, die, nach Einschluß der Vororte, seit dem 12. Jahrhundert als geschlossene Einheit hervortritt.

Man spricht in der deutschen Städteforschung von Landgemeindetheorie und von Markrechtstheorie, als deren hervorragendste Vertreter von Below bzw. Rietschel bekannt sind. Den Gemeindegedanken verwerten beide für die Bildung einer Bürgergenossenschaft in verschiedener Weise. Während die Landgemeindetheorie die Städte aus freien Markungsdörfern entstehen läßt, zum mindesten in der Markungsgemeinde aber das überall wirksame Vorbild der städtischen Genossenschaftsbildung und ihrer Lebensäußerungen erblickt,

¹⁾ A. a. O., 101 f. — ²⁾ Vgl. unten Abschnitt 4.

muß die Marktrechtstheorie, streng durchgedacht, den Ausgangspunkt der städtischen Gemeindebildung im öffentlichen Dingverband des Marktrechts suchen.¹⁾ Freilich ist das letztere nicht immer erkannt worden. Selbst v. Below zeigt, indem er die Frage nach dem zeitlichen Prius des Gerichts oder der Gemeinde aufwirft, daß ihm der Begriff des Dingverbandes und seiner genossenschaftsbildenden Kraft nicht voll bewußt ist.²⁾ Bei dieser Sachlage hat eine Verständigung über den örtlichen Gemeindebegriff im allgemeinen der Untersuchung vorauszugehen, ob sich an der älteren Kölner Verfassung die Landgemeindetheorie bewähre oder nicht. Für den Fall der Verneinung der letzteren Frage ist sodann in dritter Linie zu untersuchen, ob der mittelalterlichen Stadt Köln ein anders gearteter Gemeindeverband vorausgeht und welcher dies etwa ist.

Für Köln sollte sich die Theorie einer Entwicklung der autonomen Stadtgemeinde aus ländlichen Gemeindeverhältnissen besonders augenfällig erweisen lassen. Schien doch die Stadt Köln die Nachfolgerin einer ganzen Anzahl von Sondergemeinden zu sein, deren ländlicher und, für einen Teil derselben, selbst grundherrlicher Charakter außer Zweifel steht. Die Kölner Forschung der neuesten Zeit hat freilich das hierfür mißliche Ergebnis gezeitigt, daß die sieben sogen. Parochialgemeinden der Altstadt nicht aus selbständigen ländlichen Gemeindeverbänden hergeleitet werden können. Für die Entstehung der durch die Römermauern umgrenzten Altstadt Köln bietet aber der ländliche Charakter von außerhalb gelegenen Vororten, die erst verhältnismäßig spät eingemeindet wurden, keine Erklärung. Ebenso wenig als bei den Marktgründungen, wo sich die gestreifte Aufsaugung ländlicher Vororte und grundherrlicher Fronhofgemeinden durch den aufblühenden Markt vollzog.

¹⁾ Zu farblos ist der Begriff einer Ortsgemeinde schlechthin, die Keutgen in seinen Untersuchungen über den Ursprung der deutschen Stadtverfassung (1895), 110 Note 2 aufstellte. — ²⁾ Davon ist unten im Text näher zu handeln. Den zweifellos vorhandenen Gegensatz von Gemeinde und Gerichtsbezirk hat v. Below durch Überspannung des Gemeindebegriffs verdunkelt. Vgl. v. Below, Entstehung der Stadtgemeinde (1889), 7.

Unter Anknüpfung an die Lehre G. L. v. Maurers hatte v. Below in seinen kritischen Aufsätzen von 1889 und 1892, denen die Forschung so viel Klärung verdankt, die freie Landgemeinde, eine Wirtschaftsgenossenschaft des Privatrechts, für die Wurzel und den Anfang der Stadtgemeinde erklärt. Er hatte ferner im Anschluß an Planck, Sohm und Schröder das Burding des Dorfes als privates Genossengericht in Gegensatz zu den öffentlichen Gerichtsverbänden der älteren deutschen Verfassung gestellt.¹⁾ Benennung und Zuständigkeit der Kölner Sondergemeinden veranlaßten ihn, anzunehmen, daß diese letzteren „ihre Einrichtungen der gewöhnlichen ländlichen Bauerschaft entlehnt haben“.²⁾ Aber er mußte angesichts der engen räumlichen Verhältnisse für die sieben inneraltstädtischen Parochialgemeinden selbst zugeben, daß sie keine Markgenossenschaften gewesen seien, keine agrarwirtschaftliche Almende besessen, agrarische Zwecke nicht verfolgt hätten. Ausdrücklich lehnte v. Below die entgegengesetzte Ansicht Gierkes³⁾ ab, als ob die Kölner Sondergemeinden, ursprüngliche Markgenossenschaften, diese Bedeutung im Laufe der Zeit verloren hätten. Mißlich für einen Forscher, der das Städtewesen grundsätzlich auf die Landgemeinde aufbauen will und bei einem der ältesten und wichtigsten Plätze seine Theorie fallen lassen muß. Denn so viel und nicht nur „eine Modifikation“ der Landgemeindeverfassung bedeutet der Verzicht auf Almende und Agrarwirtschaft.

Indes selbst eine modifizierte Herübernahme der Landgemeindeverfassung in die sieben altkölnischen Parochialgemeinden ist für die Aufhellung der älteren Kölner Verfassungsgeschichte wertlos, seit sich herausgestellt hat, daß diese Kirchspiele bei weitem nicht so alt sind, um als ursprüngliche Eigengebilde gemeindlichen Charakters in Betracht zu kommen. Schon Heldmann⁴⁾ rüttelte stark an der Wertschätzung der Kölner Sondergemeinden. Rietschel vertrat sodann mit guten Gründen die Ansicht⁵⁾, daß die

¹⁾ v. Below, Entstehung der Stadtgemeinde (1889), S. 3 ff. —

²⁾ A. a. O., 39. — ³⁾ Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht Bd. I, 1 (1868), 335 ff. — ⁴⁾ Heldmann a. a. O., S. 40 Note 1. — ⁵⁾ S. Rietschel, Markt und Stadt (1897), 164 ff.

Verwendung von ländlichen Amts- und Rechtsausdrücken wie Bauer, Burding, Bauermeister in den Städten nicht notwendig als Zeugnisse für den einst ländlichen Charakter des Ortes gelten müssen, sondern ebenso für künstlich geschaffene Stadtdistrikte Verwendung finden konnten. Oppermann hat zuerst wegen des nicht agrarischen Charakters der Kölner Bodenverhältnisse vorgeschlagen¹⁾, die innerstädtische Vorstufe der Kölner Bürgergemeinde als Einheit zu fassen und Altgemeinde zu benennen. Das bedeutete eine entschiedene Absage an die Theorie der Parochialgemeinden. Auf dem neubetretenen Weg ist Keussen fortgeschritten. Er unternahm es²⁾, die Landgemeindetheorie v. Belows aufs neue zu stützen. Aus seinen topographischen Studien heraus ließ er die Ursprünglichkeit der altstädtischen Parochien, die nicht über das 10. Jahrhundert zurückgehen, fallen, faßte aber dafür die gesamte germanische Bewohnerschaft des fränkischen Köln als eine einheitliche Markungsgemeinde auf und glaubte eine große Viehweide in der Gegend des heutigen Neumarktes als die alte, bis dahin vergeblich gesuchte Almende der einstigen Landgemeinde Köln feststellen zu können.³⁾ Mag sein, daß es auch im fränkischen Köln nach den Stürmen der Völkerwanderung große brachliegende, als Weideland oder Sandgruben benützte Gebiete gab, die im Gegensatz zur römischen Zeit nicht überbaut waren. Mag sein, daß die der Viehzucht niemals entbehrende Stadt eine große Viehweide als Gemeindeland besaß, seitdem sich Gemeindeleben regte.⁴⁾ All das reicht nicht aus, um die Stadt Köln, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt stets in

¹⁾ A. a. O., 26 ff. — ²⁾ H. Keussen, Untersuchungen zur ältern Topographie und Verfassungsgeschichte von Köln, Westd. Zeitschr. 20 (1901), 21 ff. Vgl. jetzt Keussen, Topogr. I, 12* f. — ³⁾ In seiner neuesten Abhandlung (Westd. Zeitschr. 28, 470 f.; Topogr. I, 55* f.) nimmt Keussen an diesem Bilde eine Modifikation vor, indem er jetzt zugibt, daß neben „den im Westen gesessenen fränkischen Bauern“, welche als Landgemeinde organisiert gewesen seien, möglicherweise der „östlich der Heerstraße gesessene Volksteil, der vielleicht in der Hauptsache militärischen bzw. Beamten-Charakter getragen haben mag“, außerhalb der alten Landgemeinde gestanden habe. Und die sicher zu allen Zeiten vorhandenen Kaufleute, Handwerker, Juden, Romanen? — ⁴⁾ Vgl. Rietschel, Markt und Stadt, 142.

Handel und Gewerbe lag und für welche die Möglichkeit des Ackerbaues, des Kernes jeder Agrarwirtschaft, auch durch die Untersuchungen Keussens nicht ermittelt werden konnte, aus einer Markgemeinde herzuleiten.

Oppermann¹⁾ hat sich denn auch die Ansicht Keussens nicht zu eigen gemacht. Seine Kölner „Altgemeinde“ baut lediglich auf dem Grundbesitz an städtischen Liegenschaften auf. Seeliger ist hierin viel radikaler.²⁾ Weder die Gesamtstadt noch die Parochialgemeinden sind ihm aus alten Markgemeinden hervorgegangen, sondern fast zu gleicher Zeit spontan als das Ergebnis der kommunalen Selbständigkeitsbewegung seit Beginn des 12. Jahrhunderts auf den älteren Unterlagen (wie z. B. den Kirchspielen) ins Leben getreten. Ich stimme Seeliger darin zu, daß eine Markgemeinde in beiden Fällen nicht vorlag, daß namentlich die etwa vorhandene Almende keine Landgemeinde Köln mit markgenossenschaftlichen Organen bedingte, aber ich vermag nicht so weit mit Seeliger zu gehen, vor dem 12. Jahrhundert die Existenz einer Gemeinde Köln überhaupt zu leugnen. Seeliger schwebt offenbar zu sehr die ländliche Agrargenossenschaft als einzig möglicher Gemeindeverband vor.

Diesen schwachen Punkt in der Argumentation Seeligers hat v. Below erkannt und daraus den Anlaß zu einer entschiedenen Ablehnung der Ansichten Seeligers genommen, in Ausführungen, die sich z. T. auch gegen Rietschel wenden.³⁾ Geschickt trägt hier v. Below seine Landgemeindetheorie aufs neue vor, zumal die Entdeckung der Kölner Almende durch Keussen das Entwicklungsbild von Köln für die Zwecke seiner Theorie wesentlich vereinfacht zu haben schien.

Beide Forscher indes, Seeliger und v. Below, haben sich den Weg zu klarer Erkenntnis dadurch versperrt, daß sie die gemeindebildenden Kräfte des Gerichts und der Stadtherrschaft teils nicht beachteten, teils leugneten.

Nicht beachtet sind die in der Gerichtsorganisation liegenden genossenschaftlichen Triebkräfte von Seeliger.⁴⁾

¹⁾ A. a. O., 27. — ²⁾ A. a. O., 85 ff. — ³⁾ v. Below, Stadtgemeinde, Landgemeinde, Gilde, 415 ff. — ⁴⁾ A. a. O., 100.

Das bürgerliche Leben in Altköln ist ihm „nicht erst das Ergebnis einer genossenschaftlichen (gemeindlichen) Bewegung“, ist ihm vielmehr „auf dem Herrschaftsgebiet des Kölner Erzbischofs als besondere herrschaftliche Einrichtung entstanden“. Freilich ganz ohne Altgemeinde kommt auch Seeliger nicht aus. Denn wir lesen im gleichen Zusammenhang, daß die „Kölner Kommune“ dem „städtischen Gemeinkreis“ nachgefolgt sei. Gewiß ist die Gesamtgemeinde Köln eine jüngere Bildung, wie sich noch zeigen wird. Trotzdem gilt es, für das verfassungsgeschichtliche Milieu der Altstadt Köln greifbare Vorstellungen zu gewinnen. Es genügt nicht, die Landgemeinde zu bekämpfen und an ihre Stelle einen von Stadtherrschafts wegen geschaffenen „städtischen Gemeinkreis“ farblosen Inhalts zu setzen.

Wer sich mit der Rechtsvergangenheit der deutschen Städte beschäftigt hat, der weiß, daß Gericht und Grundbesitz, Mauerbau und Steuerwesen die mächtigsten Hebel der Gemeindeentwicklung sind. In den Gründungsstädten, die wir bis in ihre ersten Anfänge zurückverfolgen können, lassen sich die Stufen der Entwicklung deutlich aufzeigen. Besonders wichtig für das Folgende ist die Tatsache, daß bei diesen Gründungen häufig die Einrichtung des Marktgerichts sofort bei Beginn der städtischen Besiedlung geschieht, die Schöpfung des selbständigen Rechtskreises der Bürgergemeinde vorbereitet und ermöglicht. Almendegenuß tritt demgegenüber, wie etwa die Beispiele von Radolfzell¹⁾ und Freiburg i/B. — Flumet²⁾ zeigen mögen, in die zweite Linie und kann auch ganz fehlen. Zweifellos mußten aber bei den Gründungen die Punkte im Vordergrund stehen, die auch in ihren Vorbildern, in den alten Römerstädten, das Wichtigste waren: freier Grundbesitz und öffentliches Gerichtswesen im Gegensatz zu Hörigkeit und Hofrecht.

Der Exemption des mittelalterlichen Köln aus dem Dingverband der Kölngaugrafschaft sind wir schon nachgegangen.

¹⁾ Vgl. meine Abhandlung über das Radolfzeller Markrecht in den Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees, 30 (1901), 7.

— ²⁾ Vgl. Franz Beyerle, Untersuchungen zur Geschichte des älteren Stadtrechts von Freiburg und Villingen (Deutschrechtl. Beiträge V, Heft 1), 63 ff.

Hier interessiert das zeitliche Verhältnis von Gerichtsexemption und Gemeindebildung. Es läuft hinaus auf die Frage, ob die Schaffung eines selbständigen Dingverbandes gemeindebildend wirken konnte oder nicht.

Daß sich beide, Gerichtsverband und Gemeinde, in engem Verhältnis befinden können und im Werdegang des deutschen Städtewesens wirklich befunden haben, ist sicher. Es sei nur etwa daran erinnert, wie oft die Entstehung des autonomen Rates an die Schöffenbank des stadtherrlichen Gerichts anknüpft. Ich hoffe ferner, den von mir seit lange vertretenen Satz im folgenden in helleres Licht zu setzen, daß die Bürgergenossenschaft aus der stadtherrlichen Gerichtsgemeinde, das älteste Bürgerrecht aus der Ding- und Schöffenfähigkeit bei demselben herauswächst. Es ist zu wenig beachtet, daß im Gegensatz zu den öffentlichen Gerichtsverbänden der altdeutschen Verfassung, die immer ein größeres Gebiet umspannten und nie auf eine einzige Siedelung beschränkt waren, die Sonderung der Märkte und Städte zu gerichtlicher Selbständigkeit in Deutschland eine räumliche und persönliche Deckung von Dingverband und Gemeinde hervorrief. Bei den einfachen Formen des öffentlichen Lebens in jener Frühzeit, in die wir die Ausscheidung Kölns aus dem Kölngau versetzen müssen, muß das, was wir als älteste Kölner Gemeinde ansprechen können, in engster Beziehung zum Gericht gestanden haben. Das Wohnen in den Römermauern der Colonia Agrippina trägt und begrenzt beide. Wie Dingpflicht und Schöffenfähigkeit frühzeitig auf dingliche Grundlage gestellt wurden ¹⁾, so ist Besitz von Haus und Hofstätte innerhalb der Mauern zunächst überall das Kriterium der vollen Zugehörigkeit zur Gemeinde gewesen.

Es wird stets ein Hauptverdienst der Forschungen von Belows bleiben, in Übereinstimmung mit Sohm, Schröder u. a. den privaten Charakter der ländlichen Agrargenossenschaft, wie er sich in der Dorfverfassung ausgewirkt hat, zu den öffentlichen Dingverbänden des alten Rechts sowie zum öffentlichen Gerichtswesen der Märkte und Städte in Gegen-

¹⁾ Vgl. Brunner, *Deutsche Rechtsgesch.* II, 216ff.; Schröder, *Lehrb. der deutschen Rechtsgesch.*, 5. Aufl., 572f.

satz gestellt zu haben. Es scheint aber, daß dieser scharf betonte Gegensatz, den man bei dem flüssigen Charakter der Begriffe privat- und öffentlichrechtlich für die älteren Perioden der deutschen Rechtsentwicklung leicht übertreiben kann, v. Below den Blick für das volle Verständnis der Anfänge des Städtewesens in etwas getrübt habe. Nur weil ihm hinter dem Gemeindebegriff stets die Vorstellung der ländlichen Agrargenossenschaft auftaucht, konnte sich bei ihm der Gedanke der Priorität der Gemeinde vor dem Gericht zu einem von ihm festgehaltenen Axiom verdichten und konnte er die gemeindebildenden Kräfte der Dinggenossenschaft außer acht lassen. Schon 1889 hatte v. Below erklärt¹⁾, daß die Stadt „sowohl begrifflich wie historisch zuerst Gemeinde, erst dann Gerichtsbezirk“ und das umgekehrte Verhältnis unmöglich gewesen sei.²⁾ Heldmann³⁾ hatte dagegen geltend gemacht, daß damit eigene Ausführungen v. Belows in der gleichen Schrift schlecht harmonierten. Hinsichtlich Kölns wurde nämlich durch v. Below⁴⁾ selbst die Möglichkeit zugegeben, daß die Altstadt „von jeher einen besonderen Gerichtsbezirk gebildet“ habe. Und auch für die Bildung der Gesamtgemeinde Köln im 12. Jahrhundert verstand sich v. Below⁵⁾ zu dem Satze: „Die Existenz eines besonderen Stadtgerichtsbezirks mußte die Bildung einer Gesamtgemeinde sehr erleichtern.“ Hierzu ist ein Zugeständnis prinzipieller Natur zu stellen, das v. Below in seinem neuesten Aufsätze macht.⁶⁾ Wir hören hier, daß er jetzt geneigt ist, für die früheste Differenzierung der städtischen und ländlichen Verfassung den Einrichtungen des städtischen Gerichts einen maßgebenden Teil zuzuschreiben. „Im städtischen Gericht gelangt ein in wichtigen Beziehungen neues Recht schon zu einer Zeit zur Anwendung, in der noch nicht einmal die allerersten Anfänge einer spezifisch städtischen Gemeindeverfassung vorhanden sind.“

¹⁾ Entstehung der Stadtgemeinde, 3. — ²⁾ Ähnlich übrigens auch Keutgen, Untersuchungen (1895), 11. — ³⁾ A. a. O., 46 Note 4. — ⁴⁾ A. a. O., 45. — ⁵⁾ A. a. O., 45. — ⁶⁾ Stadtgemeinde, Landgemeinde, Gilde, 426.

Der Satz von der absoluten Priorität der Gemeinde vor dem Gericht ist damit jedenfalls aufgegeben. Denn was v. Below zunächst für die Kölner Gesamtgemeinde des 12. Jahrhunderts verstatten wollte, sodann aber auch allgemeiner zugab, wird sich hier und anderswo näher erweisen lassen.

Zunächst anderswo. Werfen wir einen Blick auf die Marktgründungen, mögen sie neben grundherrlichen Hof-siedelungen oder von wilder Wurzel erfolgt sein. Ihnen allen ist das gemein, daß sie nicht mit vorhandenen Genossenschaften rechnen konnten, sondern daß sie nach Art von Kolonien auf Anzüglinge von überallher berechnet waren. Ein Vortritt der Marktgemeinde vor dem Marktgericht ist hier nirgends zu sehen. Zur Markterrichtung gehörte die Ausscheidung des Marktareales aus der Grundherrschaft und die Grenzziehung gegenüber den grundherrlichen Verbänden.¹⁾ Diese Grenze wurde gewährleistet durch die Sonderstellung des öffentlichen Marktgerichts und durch die an freien, mindestens frei veräußerlichen Grundbesitz angeschlossene Freizügigkeit der Ansiedler. Da sofort mit Aussteckung des Marktgebietes das Marktgericht ins Leben trat²⁾, ohne sich an eine Gemeinde aus der Zeit vor der Marktgründung anzulehnen, kann mithin höchstens von einem gleichzeitigen Inslebentreten des Gerichts und der Gemeinde gesprochen werden. Da anderseits auf der dinglichen Berechtigung am Marktland Dingpflicht, Schöffenfähigkeit und Gerichtsstand-schaft aufbauten³⁾, ist es klar, daß diese gerichtlichen Beziehungen für sich allein schon dahin wirkten, die Mercatores von den Gästen abzusondern, sie zu einer Genossenschaft werden zu lassen. Eine „äußere“ Almende erheblichen Umfangs, die Selbstverwaltungsaufgaben gebracht hätte, brauchten und besaßen die Marktgründungen vielfach nicht.⁴⁾ Die „innerstädtischen“ Almenden aber, auf die neben von

¹⁾ Rietschel, Markt und Stadt, 130 ff. — ²⁾ Vgl. Sohm, Entstehung des Städtewesens, 21. — ³⁾ Vgl. Sohm a. a. O., 69 f. — ⁴⁾ Das m. E. völlig gesicherte Ergebnis der Forschung von Al. Schulte und Gothein, daß die Almende keine unerlässliche Voraussetzung von Markt und Stadt ist, ein Ergebnis, das der Landgemeindetheorie den Boden unter den Füßen hinwegzieht, scheint mir v. Below nicht genügend berücksichtigt zu haben.

Below Keutgen¹⁾ so viel Gewicht legt, sind für die Frühzeit recht problematische Dinge, seitdem wir aus Rietschels Forschungen klar sehen, daß Mauer- und Straßenrecht in den Städten von Hause aus vielfach königliche, später stadtherrliche Befugnisse waren, die der Stadtherr durch seine Beamten handhaben ließ.²⁾ Mithin wohnt in den Gründungsstädten der gerichtlichen Sonderung ein gemeindebildendes Moment inne, zu dem sich andere und, wie gerne zugegeben sei, stärkere Triebkräfte gesellten, seit Mauerbau und Steuerwesen eine Finanzwirtschaft der Städte zur Entstehung brachten.

Die Gerichtsgemeinde, besonders in ihrer in Markt und Stadt verwirklichten Beschränkung auf Einzelorte ist ein genossenschaftlicher Begriff. Hierzu seien noch einige abschließende Bemerkungen gebracht. Der Meister der Genossenschaftslehre, O. Gierke, zögerte nicht, die Dingverbände des Mittelalters als Dinggenossenschaften aufzufassen.³⁾ Man denke etwa an die Sätze, die aus dem Ebenburtsprinzip herfließen und die ständebildende Kraft des Gerichtswesens bekunden, an die ausgleichenden Tendenzen innerhalb der Marktgemeinden wie z.B. in den ehgüterrechtlichen Sätzen von Freiburg i. B., an die ebenda und anderwärts deutlich der Genossenssphäre entspringenden Anfänge des Privilegium de non evocando, an Vorschlagsrechte der Mercatores für die Besetzung stadtherrlicher Ämter, an Schöffenwahl, an Zollprivilegien, und man hat ebensoviele Rechtswirkungen der Genossenschaft überblickt. Daher [war m. E. die Polemik, die v. Below seinerzeit gegen die Marktgemeinde führte⁴⁾], wie sie Schulte auf Grund des Radolfzeller Privilegs von 1100 entwickelt hatte, im Ausgangspunkt verfehlt. Die dingliche Grundlage des von den Mercatores besessenen Marktareales und die genossenschaftsbildende Kraft eines in die Grundherrschaft hineingelegten öffentlichen Gerichtsverbandes sind für die Anfänge des Städtewesens ausreichend, um darauf den Gemeinde-

¹⁾ A. a. O., 111ff. — ²⁾ Vgl. Rietschel, Markt und Stadt, 18, Anm. 3; Derselbe, Burggrafenamt, 331f.; vgl. auch Gengler, Stadtrechtsaltertümer, 84. — ³⁾ A. a. O. I, 214. — ⁴⁾ v. Below, Ursprung der deutschen Stadtgemeinde (1892), 27.

begriff aufstehen zu lassen. Will man dies für die Gründungsstädte nicht gelten lassen, dann bleibt als Unterlage für neuzuschaffende Gemeindeverbände nur der Eidverband der Gilde übrig, den aber v. Below selbst ablehnt. Auf letzteren Punkt wird zurückzukommen sein. Hier genügt es festzustellen, daß in der dinglichen Grundlage des Besitzes von Marktland das rein persönliche Band der Zugehörigkeit zu einem Genossenkreis offenbar sehr früh überwunden wurde. Der Inhaltswandel der Markrechtsurkunden zeigt deutlich, wie als Kern des „Jus fori“ immer mehr die Beziehung der Mercatores zum Marktland in den Vordergrund tritt. Die Verdinglichung, die alle fest angesiedelten Genossenschaften ergriff¹⁾, wirkte auch hier. Schließlich ist die Frage nach dem Vorhandensein einer Gemeinde von quantitativem Inhalte. Es ist verständlich, wie Seeliger dazu kommen konnte, ihr Vorliegen im frühmittelalterlichen Köln überhaupt zu leugnen, wenn ihm nur das Bild oder Vorbild einer ländlichen Markungsgemeinde mit ihrem durch die Agrarwirtschaft von selbst weitgespannten Tätigkeitsfelde vorgehalten wurde.

Kehren wir nach Köln zurück. Wir wissen nunmehr, daß dem Satze von der Priorität der Gemeinde vor der gerichtlichen Exemption nicht die Geltung zukommt, die ihm v. Below vindizieren wollte, ja daß Keime der Gemeindebildung in der Gerichtsverfassung selbst liegen können. Die gerichtliche Sonderung Kölns kann nicht vor dem 9. Jahrhundert erfolgt sein, im 10. ist sie dagegen als vorhanden bezeugt. Da Köln nicht Gründungsstadt ist, sondern als größte der Römerstädte in die deutsche Rechtsgeschichte eintritt, fragt sich, ob es in Köln ein Gemeindeleben schon vor der Schöpfung eines eigenen städtischen Gerichtsbezirks gegeben hat und von welcher Art und Intensität dasselbe war.

Man wird bei Beantwortung dieser Fragen von zwei Tatsachen auszugehen haben. Einmal bot die Römerstadt in ihrem Mauergürtel unmöglich Raum für eine germanische Markungsgemeinde.²⁾ Mögen auch erhebliche Ländereien

¹⁾ Vgl. O. Gierke a. a. O. I, 86. — ²⁾ Vgl. für das Folgende jetzt namentlich die Zusammenstellung des topographischen Tatsachenmaterials durch Keussen, Westd. Zeitschr. 28, 466 ff.; Topogr. I, 12* ff.

des in römischer Zeit bebauten Terrains verwüstet und leer gelegen haben, als sich die Uferfranken in der Colonia Agrippina dauernd heimisch machten, mag selbst ein weites Gebiet im hohen Mittelalter als Viehweide begegnen, von Anlage einer germanischen Dorfsiedelung mit Hufenverfassung, Dreifelderwirtschaft und was alles dazu gehört, kann ernsthaft nicht gesprochen werden.¹⁾ Die zweite der erwähnten Tatsachen aber ist die folgende: Ländliches Leben selbst anderer, freierer Art kann zu Köln niemals das Übergewicht erlangt haben, da seit den Tagen der fränkischen Eroberung Köln vorwiegend das blieb, was es in römischer Zeit war: ein Sitz städtischen Lebens, belebt von Handel und Gewerbe, ein Bischofssitz und eine Residenz, später ein Hof des Königs. Wird doch selbst für die handeltreibende Judengemeinde zu Köln ein ununterbrochener Bestand bis in die Römerzeit angenommen. Köln hat in der Völkerwanderung nicht die Zerstörung von Mainz, nicht die Verödung von Trier erlebt. Neben den neuen Herren der Stadt lebten in Köln Nachkommen der antiken Bevölkerungsgruppen fort.²⁾

Es brauchte Zeit, bis der ethnologische Verschmelzungsprozeß vollzogen war. So ist es ausgeschlossen, daß eine agrarische Frankengemeinde in ihrer eigenartigen fränkischen Verfassung im frühmittelalterlichen Köln Platz gefunden habe. Wir müssen mit dem Satze Ernst machen, daß die alten Römerplätze wirtschaftlich Städte waren, d. h. Plätze, deren wirtschaftliche Physiognomie nicht durch Ackerbau und Viehzucht, sondern durch Handel und Gewerbe bestimmt wurde.³⁾

Was an freien Franken und Romanen damals in Köln sesshaft war, gab und nahm Recht und war dingpflichtig auf den Dingstätten des Kölngaus in und außerhalb Kölns, bis die Stadt Köln in der früher erörterten Weise aus demselben, zunächst und sehr früh für die Niedergerichtsbarkeit, ausschied. Mit der gerichtlichen Sonderung hatte das rechtliche Gemeingefühl der Kölner Bewohnerschaft, die vorher schon zum mindesten das Haupt einer Hundertschaft war,

¹⁾ Vgl. Oppermann a. a. O., 26f.; Schröder, Lehrb. d. dtsh. Rechtsgeschichte ⁵, 642. — ²⁾ Vgl. die bekannten Sätze der Lex Ribuaria Tit. 58. — ³⁾ Rietschel, Markt und Stadt, 124.

eine kräftige Stütze erhalten. An ein entwickeltes Gemeindeleben in rechtlich faßbarer Gestalt ist allerdings vor dieser Zeit der gerichtlichen Sonderung Kölns und seitdem die römische Stadtverfassung vernichtet war¹⁾, nicht zu denken, mag auch das gemeinsame Wohnen in der römischen Kölnburg schlichte Ordnungen genossenschaftlicher Art ausgelöst haben, deren näherer Inhalt für uns vom Dunkel der Vorzeit bedeckt ist. Jedenfalls ging alles das, was für die Sicherheit und Entwicklung der Stadt geschah, zunächst und auf Jahrhunderte hinaus von höheren Machtfaktoren aus, vom König und seinen Beamten einerseits, vom geistlichen Kreise des Erzbischofs anderseits.²⁾ Daß aber die Bewohnerschaften großer Plätze ohne erhebliches rechtliches Eigenleben, lediglich von Staats wegen geleitet, auskommen können, hat uns der Polizeistaat der neueren Jahrhunderte gezeigt. Wenn ich trotzdem für ein gewisses Maß von Gemeindesein vor der Entstehung der Kölner Parochialgemeinden eintreten möchte, so sehe ich es in dem dinglichen Bande des Grundbesitzes und in der genossenschaftsbildenden Kraft des städtischen Sondergerichts.³⁾

3. Grundbesitzfragen.

Seit G. L. v. Maurers Stadtverfassung⁴⁾ und Gierke Genossenschaftsrecht⁵⁾ stand der Grundbesitz innerhalb der Stadt als „Grundlage der Verfassung“ und als Voraussetzung des Vollbürgerrechts fest. Namentlich war es v. Below selbst, der den Satz im Dienste seiner Landgemeindetheorie mit Nachdruck verwertete.⁶⁾ Rietschels eindringende Untersuchungen über die Bedeutung der Rechtsworte Marktrecht,

¹⁾ Vgl. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte II, 197 ff. — ²⁾ Vgl. Keutgen, Untersuchungen, 12, wo im Anschluß an Sohm ausgeführt wird, daß die gerichtliche Exemption von der Stadtherrschaft und nicht von der Gemeinde ausgehe, die dazu offenbar noch zu unentwickelt gewesen sei. — ³⁾ Vgl. noch Oppermann a. a. O., 26 ff. — ⁴⁾ G. L. v. Maurer, Gesch. der Städteverf. in Deutschland (1870) Bd. II, 194 ff. — ⁵⁾ A. a. O. I, 269. — ⁶⁾ v. Below, Entstehung des Städtewesens (1889), 52 f.; Ursprung des Städtewesens (1892), 46 ff.; von anderen Forschern seien nur genannt: Keutgen, Unters., 114 f.; Schröder, Lehrb., S. 648 Note 52.

Burgrecht, Weichbild¹⁾ haben gelehrt, daß diese Ausdrücke sich mehr und mehr auf die Bezeichnung der qualifizierten markt- und stadtrechtlichen Beziehung der Bewohner zum Grundbesitz festlegten. Seit meinen Konstanzer Forschungen sind für verschiedene Städte (Radolfzell, Arbon, Basel, Zürich, Dortmund u. a. m.) Arbeiten entstanden, welche den freien Grundbesitz der Mercatores als Grundlage des ältesten Bürgerrechtes erwiesen. Rietschel hat unsere Erkenntnis gefördert durch die Feststellung²⁾, daß in der mit dem 12. Jahrhundert einsetzenden jüngeren Schicht von Gründungsstädten der Besitz von Haus und Hof zu Hofstättenzinsrecht nach den einheitlichen Bedingungen der stadtherrlichen Gründerleihe dieselbe Funktion erfüllte.

Für Köln war schon durch Hegel³⁾ auf das Vorhandensein reicher Bürger, die frei über ihr Eigen verfügten, hingewiesen worden, wenn auch mit der Einschränkung⁴⁾, daß in einem „großen Teile“ des innerstädtischen Gebietes der Boden zu Erbleiherecht aus den Händen des Erzbischofs und der geistlichen Stifter besessen worden sei. Seit der Herausgabe der Kölner Schreinsurkunden des 12. Jahrhunderts⁵⁾ mit ihrer erdrückenden Fülle von freien Verfügungen über echtes Eigen sollte indes nicht mehr bezweifelt werden, daß der überwiegende Teil des altkölnischen Bodens freies Eigen der Bürger gewesen ist, mag es auch an einer darauf gerichteten Einzeluntersuchung bis heute fehlen.⁶⁾ Auch aus den sorgfältigen Untersuchungen Laus⁷⁾ gewinnt man die Über-

¹⁾ Rietschel, Markt und Stadt, 174 ff. — ²⁾ Rietschel, Die Entstehung der freien Erbleihe, Ztschr. f. Rechtsgesch. Germ. Abtlg. Bd. 22 (1901), 181 ff.; Derselbe, Die Städtegründungspolitik Heinrichs des Löwen (Hist. Ztschr. Bd. 102, 257). — ³⁾ Städtechroniken Bd. I, XXV, zu Note 5. — ⁴⁾ A. a. O., LXXV f. — ⁵⁾ Bearbeitet von R. Höninger, Publikationen der Gesellsch. für rheinische Geschichtskunde I, 2 Bde. (1884—93). — ⁶⁾ Dem von Keussen jetzt (Westd. Ztschr. 28, 471 Anm. 27) angekündigten Versuch des Nachweises einer einheitlichen alten Grundsteuer an den Erzbischof stehe ich daher sehr skeptisch gegenüber. Als Gebiete, von denen ein solcher Hofzins bezahlt wurde, weiß Keussen bis jetzt nur das Judenquartier und die St. Martinsvorstadt zu nennen. Im ersteren Falle wird es sich um verdinglichten Judenschutz handeln, die Zinsen der St. Martinsvorstadt werden uns unten nähertreten. — ⁷⁾ A. a. O., 128 ff.

zeugung, daß der freie Grundbesitz der reicheren Leute und die Verwertung überflüssigen Landes durch Erbleihe sehr früh die Physiognomie der Kölner Immobilienverhältnisse charakterisiert. Noch deutlicher wird es, wenn man die Bedeutung ins Auge faßt, welche die Schreinseinträge mit „Jus civile“, „Jus civium“ u. ä. verbinden, worauf zuerst Heldmann¹⁾ hingewiesen hat. Bei Auflassungen verstand man darunter die freie Form des städtischen Grundbesitzes, welche unbeschränkte Veräußerlichkeit und damit Freizügigkeit des Besitzers gewährleistete²⁾, was unmöglich gewesen wäre, wenn nicht freies Eigentum überwiegend die Rechtsform des Kölner Bürgerbesitzes gebildet hätte.³⁾ In seiner zweiten technischen Verwendung bedeutet „Jus civile“ die städtische bürgerliche Grundsteuer.⁴⁾ Auch hierin liegt ein sehr starkes, bisher nicht beachtetes Anzeichen, mindestens für den erheblichen Umfang freien Grundbesitzes, m. E. aber überhaupt für den Grundbesitz als Voraussetzung des Bürgerrechts. Lau nimmt wenigstens für das Kölner Patriziat allgemein freien Grundbesitz an. Er bemerkt, daß die zur Zeit der Zunft Herrschaft 1371 nach längerer Unterbrechung wieder in Aufnahme gebrachte Grundsteuer in ihrer gegen die Aristokratie gerichteten Tendenz „vorwiegend das grundbesitzende Patriziat“ getroffen habe.⁵⁾ Es ist anzunehmen, daß, wie z. B. in Lübeck und Münster, so auch in Köln die alten Geschlechter sich aus den Kreisen der erbgewesenen Bürger gebildet haben. Aber man sollte getrost einen Schritt weiter gehen und im freien Grundbesitz die unerläßliche Voraussetzung des ältesten Kölner Bürgerrechts erblicken, auch wenn uns Satzungen darüber nicht überliefert sind. Die Zurückhaltung, die sich Lau in dieser Hinsicht auferlegt⁶⁾, die volle Anzweiflung, die ihr neuestens Seeliger⁷⁾ und unter Verlassung seines früheren Standpunkts selbst

¹⁾ A. a. O., 51 Note 4. — ²⁾ Vgl. die Stellen im Register bei Höniger, Schreinsurkunden II, 2 S. 300. — ³⁾ Jus civile bedeutet hier genau dasselbe, was in den Gründungsstädten als jus fori (Marktrecht, Burgrecht, Weichbild) bezeichnet wird. Für Köln ist „jus fori“ nur sporadisch und nicht in Rechtsurkunden überliefert. Vgl. Heldmann a. a. O. — ⁴⁾ Vgl. Höniger a. a. O. II, 2 S. 300 Z. 3 ff.; Lau a. a. O., 342. — ⁵⁾ A. a. O. S. 344. — ⁶⁾ A. a. O., 229 f. — ⁷⁾ A. a. O., 80 zu Note 3.

v. Below¹⁾ entgegenbringt, sind unbegründet.²⁾ Ich vermag nur die Ansicht v. Lösch' zu teilen³⁾, daß das frühe Vordringen der Geldwirtschaft in Köln zeitiger als anderswo dahin führte, daß der Grundbesitz als Grundlage des Bürgerrechts verlassen wurde. Hätten Seeliger und v. Below den unzweifelhaften Zusammenhang zwischen Bürgergenossenschaft und städtischer Gerichtsgemeinde im Auge behalten, so wären wohl jene ablehnenden Äußerungen unterblieben.

Eine dem heutigen Stande der Forschung entsprechende rechtshistorische Untersuchung der Kölner Grundbesitzverhältnisse fehlt völlig.⁴⁾ Und doch wird sie geleistet werden müssen, da die Rechtsgeschichte die Aufhellung der in ihr beschlossenen wichtigen Fragen auf die Dauer nicht wird entbehren können. Nur ein Anlauf dazu ist es, was Seeliger in seinen „Studien“⁵⁾ hierzu unter der Überschrift: „Privatherrschaften, Hofrecht und Stadtrecht“ beisteuert. Wenn die von ihm hierbei gebotenen Bemerkungen vielfach näherer Prüfung nicht standhalten, so erklärt sich dies am einfachsten aus der ungenügenden Aufarbeitung des lokalen Kölner Materials zur Immobilienrechtsgeschichte.

Es ist für den Juristen nicht leicht, sich mit diesen Ausführungen Seeligers auseinanderzusetzen. Zunächst wird der Leser auf die mannigfaltigen Formen der Erbleihe, die sich in Köln finden, hingewiesen. Dabei ist sofort recht mißlich, daß ohne Trennung Nachrichten des altstädtischen Gebietes, der Rheinvorstadt von St. Martin und der Vororte verwertet werden, sowie daß das Verhältnis des in Erbleihe gegebenen Bodens zum freien Eigen nicht berührt wird. Auch die Person des Obereigentümers der Erbleihegrundstücke, für die rechtsgeschichtliche Bewertung stets von charakteristischer Bedeutung, tritt nicht deutlich zutage. Im übrigen vermag die Feststellung eines bunten Allerlei freier Erbleiheverhältnisse die vorhin vorgetragene Auffassung von

¹⁾ v. Below, Stadtgemeinde, Landgemeinde, Gilde, 424f. —

²⁾ Ungenügend für die älteste Zeit ist die Marburger Dissertation von W. Pesch, Bürger und Bürgerrecht in Köln (1908). — ³⁾ H. v. Lösch, Die Kölner Zunfturkk. Bd. I (Publikationen der Gesellsch. für rhein. Geschichtskunde Bd. 22, 1907), 30 zu Note 3. — ⁴⁾ Lau a. a. O., 129 Note 1 hebt den Mangel mit gutem Grund hervor. — ⁵⁾ A. a. O., 74ff.

der Bedeutung des freien Eigentums selbst nicht zu erschüttern. Seit Rietschels Untersuchung über die Erbleihe wissen wir, daß die Buntscheckigkeit ihrer rechtlichen Bedingungen gerade das Eigenartige des Instituts ausmacht. Demgegenüber heißt es offene Türen einrennen, wenn Seeliger konstatiert, ein „einheitliches Stadtrechtsgut“ zu gleichen Bedingungen hätte in Köln nicht existiert. Es hätte ja nur kraft Gründerleihe existieren können, und deren Annahme verbietet sich ohne weiteres durch das hohe Alter der Stadt Köln. Zu den auch von Seeliger hervorgehobenen zusammenhängenden Komplexen erbzinspflichtigen Landes im Gebiete von St. Martin ist vorläufig zu bemerken, daß hierbei von Gründerleihe nicht gesprochen werden kann, sondern daß es sich dabei wahrscheinlich um zinstragende Nutzbarmachung herrenlosen Uferlandes handelt. Gegen die hier vorgetragene Anschauung verstößt es auch nicht, daß sich im Gebiet von Köln einzelne Grundherren befanden, die über ihren bald geschlossen liegenden, bald in Streulage zur Erbleihe gegebenen Grundbesitz für dingliche Fragen eine hofrechtliche Gerichtsbarkeit zu behaupten wußten. Wenn Seeliger von den, solchen Sondergerichten unterworfenen Grundstücken ausführt¹⁾, sie hätten „die freien Verhältnisse des städtischen Wesens“ besessen, so sagt er dasselbe, was Rietschel über die freie städtische Erbleihe erklärt hatte. Der auf altem Pfalzland des Erzbischofs erst zu Beginn des 13. Jahrhunderts angelegte Sonderbezirk des sog. Hachtgerichts, welchem trotz Vorbehalt der Rechtsprechung über Gebäude und Grundstücke — offenbar wegen der Auflassungsgebühren! — der Genuß des „publicum jus civile in causis civilibus propter areas edificatas“ gewährleistet wurde, ist das charakteristischste dieser Zwittergebilde zwischen Hofrecht und Stadtrecht. Bemerkungen wie die folgende: „Der Unterschied zwischen den beiden Arten von Grundstücken in Köln, den Schreinsgütern und den Herrschaftsgütern, ist nicht bedeutend . . . überall bürgerliches Leben“²⁾, führen nicht weiter, denn die freie Beweglichkeit im Erbleihewesen ist schon länger erkannt, dagegen sehr fraglich,

¹⁾ A. a. O., 78. — ²⁾ A. a. O., 78.

ob von Anfang an Wohnen zur Erbleihe „bürgerliches Leben“, d. h. Bürgerrecht vermittelt hat. Auch damit ist nichts gewonnen, daß nachgewiesen wird, dieselbe Person habe „Erbgut (Schreinsgut) und Herrschaftsgut“ besessen.¹⁾ Nicht darauf kommt es an, ob ein Bürger Schreinsgut und Herrschaftsgut besaß, sondern auf welcher von beiden Besitzarten das Bürgerrecht aufgebaut war. Viel wichtiger als die von Seeliger gemachten Beobachtungen wäre daher die Beantwortung der Frage nach dem Gesamtcharakter der Grundbesitzverhältnisse in der Altstadt Köln vor den Stadterweiterungen des 12. Jahrhunderts. Sehr bezeichnend ist jedenfalls, daß die Bewohner des Gerichts Eigelstein zu „hoffsrecht“ sitzen und noch 1396 deshalb nicht vollberechtigte Bürger waren.²⁾

Die Kernfragen werden auch nicht durch die nachfolgenden Ausführungen Seeligers³⁾ gefördert, wo in an sich sehr einleuchtender Weise dargetan wird, wie neben freien Erbleihen ohne dingliche Hofhörigkeit solche mit einer nur dinglichen Hofhörigkeit und drittens Leihekomplexe sich bildeten, „wo über das Grundeigentum hinaus herrschaftliche Gewalt und Gerichtsbarkeit ausgebildet waren“. Seeliger meint mit der dritten Gruppe die Immunitätsgerichtsbezirke der Außenstifter, in denen eine vollentwickelte grundherrliche Gerichtsbarkeit vorhanden war. Das erklärt sich aber einfach daraus, daß diese Gebiete nicht von Anfang zu Köln im Rechtssinne gehörten, während der geschlossene Begriff der Altstadt Köln eine nachträglich hineinzutragende, vollentwickelte grundherrliche Gerichtsbarkeit nicht zuließ. Recht hat Seeliger darin, daß Grundherrlichkeit und öffentliches Recht von Markt und Stadt nicht absolute Gegensätze darstellen, sondern daß das vielgestaltige Leben Kreuzungen hervorgebracht hat.⁴⁾ Aber er übersieht dabei den springenden Punkt: nicht ein wahlloses Durcheinander ist das Prinzip, sondern in Markt und Stadt bilden die öffentlichen Momente stets den vorherrschenden Unterbau; es ist aber möglich, daß sich dingliche (Kölner Erblehengerichte) und persönliche (Speirer Buteil) Ausstrahlungen der Grundherrschaft im freien

¹⁾ A. a. O. — ²⁾ A. a. O., 80 ff. — ³⁾ A. a. O., 81 ff. — ⁴⁾ A. a. O., 83.

Boden des Marktrechts einnisten. Als ruhiger Pol drängt sich da immer deutlicher das öffentliche Gericht des Marktes und die dingliche Grundlage seiner Schöffenfähigkeit auf.

Eine noch so skizzenhafte Würdigung der Kölner Grundbesitzfragen dürfte an sich am Auflassungswesen der rheinischen Großstadt des Mittelalters nicht vorübergehen. Seit fast zwanzig Jahren liegen die Schreinsurkunden des 12. Jahrhunderts in der Ausgabe von Höniger gedruckt vor, aber von einer allseitigen Verarbeitung derselben sind wir noch weit entfernt. Nicht einmal die Grundfragen, die rechtliche Bedeutung der Einträge, das Verhältnis der beurkundenden Gemeindebehörde zur gerichtlichen Auflassung und die Richtertätigkeit in ihrer, aus den Schreinsinträgen hervorgehenden eigenartigen Verbindung mit den kommunalen Organen sind bislang richtig beantwortet worden. Hier hat Seeliger¹⁾ mit Erfolg das Eis gebrochen und Aussichten eröffnet, die genauere Betrachtung erfordern. Jedoch kann diese nicht im Rahmen dieses Aufsatzes geschehen, den sie sprengen würde. Sie muß daher einer gesonderten Erörterung an anderer Stelle vorbehalten bleiben.

4. Markt und Besiedelung im Rheinufergebiet von St. Martin.

Seit dem 12. Jahrhundert steht die Gesamtgemeinde Köln als eine der stolzesten deutschen Bürgergenossenschaften fertig da. Worin aber ihre Wurzeln zu suchen sind, wie sich der Zusammenschluß der inneraltstädtischen und vorstädtischen Gemeinden vollzog, ist beim Fehlen direkter Nachrichten seit lange Gegenstand eindringender Forschung. Neben kühnen Hypothesen steht nüchterne historische Betrachtung.

Die Gerichtsgemeinde als Wurzel eines autonomen Gemeindeverbandes trat in der Erörterung, wie sich schon gezeigt hat, zurück. Man ließ das große Köln entweder aus einer oder zahlreichen Landgemeinden hervorgehen, indem man es auf den Markgenossenrechten an einer Almende oder auf dem Zusammenschluß der Parochialverbände aufbaute. Die Marktrechtstheorie hat dazu geführt, auch in

¹⁾ A. a. O., 83.

Köln eine Marktgründung zu suchen und sie in der als Kaufmannsvorstadt gedeuteten ältesten Stadterweiterung längs des Rheinufers zu finden. Einen Schritt weiter gingen die Forscher, welche der langgeschmähten Gilde in Köln wieder zu Ehren verhelfen wollten und wegen der nahen Beziehungen zwischen der Parochialgemeinde von St. Martin und der ältesten Kölner Kaufleutegilde in der letzteren die werbende Kraft für die Entstehung der Gesamtgemeinde Köln erblickten. Die politischen Rechte der vielumstrittenen Richerzeche nötigten dazu, auch ihre verfassungsgeschichtliche Stellung zur Gesamtgemeinde zu prüfen. Schließlich wurde die letztere unter Ablehnung all dieser Deutungsversuche für ein neues und eigenartiges Gebilde des 12. Jahrhunderts erklärt, für welches die vorher vorhandenen Verbände nur den Boden vorbereitet hätten, bis die Zeit für die bürgerliche Großtat der Gesamtgemeindegründung reif war. Der ins Jahr 1112 fallende Eidbund der Kölner (*Coniuratio pro libertate*) stand alsdann an der Wiege der Neuschöpfung und forderte nach Inhalt und Wirkung eine Erklärung.

Es kann hier nicht der Ort sein, alle im vorstehenden angedeuteten Gedankengänge nachzuprüfen. Nur die hervorstechendsten Punkte der Erörterung seien einer Durchsicht unterzogen.

Überaus verlockend erschien es eine Zeit lang, auch für Köln eine Marktgründung feststellen und aus ihr die Entwicklung des bürgerlichen Gemeinwesens herleiten zu können. Schon im Jahre 1883 hatte Höniger¹⁾ die als ein Mittelpunkt des kaufmännischen Lebens erkannte Rheinufervorstadt von St. Martin als Keimzelle der Gesamtgemeinde Köln hingestellt. Dasselbe tat in gewissem Sinne Sohm²⁾, fand aber lebhaftere Ablehnung durch Heldmann.³⁾ Ein anschauliches Bild der Besiedelung des Rheinufers im Sinne einer bewußten Marktanlage entwarf zuerst Keussen⁴⁾ und verlegte die bedeutsame Tatsache in die Regierung des Erzbischofs Bruno.⁵⁾

¹⁾ Westd. Zeitschr. 2, 227 ff. — ²⁾ Entstehung des deutschen Städtewesens (1890), 20. — ³⁾ A. a. O., 48. — ⁴⁾ Westd. Zeitschr. 20 (1901), 17, 56 ff.; Topogr. I, 33* ff. — ⁵⁾ Sohm (a. a. O.), Rietschel (Markt und Stadt 171, 172) und Keussen (a. a. O.) wiesen dabei auf St. Martin als Patron fränkischer Kaufleute in Köln und anderswo hin.

Er hellte die allmählich fortschreitende Auffüllung und Aufteilung des weiten Marktareales in die aus Budenreihen entstandenen zahlreichen Gewerbsgäßchen des Stadtteils auf und nahm für die St. Martinsvorstadt eine eigentliche Marktgründung und die Bildung einer späterhin allerdings geteilten Marktpfarrei an. Freilich über die Beziehung dieser Marktansiedelung zu der von ihm als Landgemeinde gedachten Altstadt innerhalb der Römermauer äußerte sich Keussen nicht. Er tat es nicht, weil damals die „kritischen Studien zur ältern Kölner Geschichte“ von Oppermann bereits angekündigt waren, auf die Keussen ausdrücklich¹⁾ hinwies. Hier²⁾ stellte Oppermann die folgende geschlossene These auf. Neben der von einer nicht agrarischen Altgemeinde bewohnten Römerstadt Köln³⁾ entstand im 10. Jahrhundert in der Rheinniederung durch Marktgründung des Erzbischofs und Verleihung des Marklandes nach dem Rechte der von Rietschel⁴⁾ herausgearbeiteten Gründerleihe eine Marktgemeinde herzugezogener Kaufleute; eine Fremdgemeinde (Kolonistengemeinde) neben der Kölner Altgemeinde mit vermutlich eigener Gerichts- und Schöffenverfassung. Sie rang zunächst um ihre Stellung neben der älteren Gemeinde der eingesessenen Kölner, überflügelte aber die letztere durch ihre wirtschaftliche Bedeutung mehr und mehr und saugte sie schließlich auf. Eine gelegentlich genannte große Schöffenzahl des altkölner Schöffengerichts⁵⁾ deutete Oppermann als Zusammenschweißung der beiden Schöffenbänke von Alt köln und Marktgemeinde. Hervorhebung verdient, daß Oppermann auf solche Weise den Verschmelzungsprozeß ausschließlich auf dem Boden der Gerichtsverfassung sich vollziehen läßt. Daneben findet sich nur ein schüchterner Hinweis auf „das genossenschaftliche Element“, das in der

¹⁾ A. a. O., 59, Anm. 235. — ²⁾ Westd. Zeitschr. 21 (1902), 26 ff. 32, 112 f. — ³⁾ Vgl. oben S. 16. Die Abhaltung von Märkten innerhalb der Römerstädte schon vor dem wirtschaftlichen Aufschwung der Ottonenzeit betont Oppermann ausdrücklich a. a. O., 27. — ⁴⁾ ZRG. 22 (1901), 181 ff. — ⁵⁾ 28 Namen in einer Urkunde um 1180. Vgl. Oppermann a. a. O., 33, Anm. 68. Aus den weiteren Urkundenzitaten ebenda ergibt sich aber die Normalzahl von 12 Schöffen für das 12. Jahrh. Vgl. Lau, a. a. O., 28 ff.

Verschmelzung der beiden Gemeinden eine Rolle gespielt haben könnte und vielleicht gestatte, die Chroniknotiz von 1112 über die Kölner „Coniuratio pro libertate“ auf dieselbe zu beziehen.

Zu diesem Aufbau einer Kölner Marktgemeinde hatte Rietschel seine Zustimmung geäußert.¹⁾ Desgleichen aber auch zu der weiteren Ausgestaltung, die ihm Joachim durch die Heranziehung des Gildegedankens verliehen hat.²⁾ Ehe indes die letztere Frage geprüft werden soll, gilt es innezuhalten und zuzusehen, inwieweit die Marktgründungsthese bei näherer Prüfung bestehen kann.

Hier hat Seeliger mit einer rundweg ablehnenden Kritik eingesetzt, an der nur zu bedauern ist, daß die offensichtliche Verkennung der Verdienste Rietschels um die Aufhellung der einschlägigen Fragen ihrer Beweiskraft Eintrag tut.

Am leichtesten fällt es, der Annahme zu begegnen, als rührten die von den Grundstücken der Rheinvorstadt gezahlten Hofstättenzinse von einer stadtherrlichen Gründerleihe her. Daran ändert nichts, wenn auch die Fälschung, derzufolge Erzbischof Everger 989 dem Kloster von St. Martin 10 Pfund Denare Hofstättenzinse aus der Rheinvorstadt zuwies, wahre Tatsachen überliefert.³⁾ Hören wir doch schon zum Jahre 980 von einer echten Schenkung erzbischöflicher Zinse von Häusern am Rheinufer an die Kirche St. Ursula.⁴⁾ Seit der eingehenden Untersuchung Keussens über den Hofzins in der Kölner Rheinvorstadt⁵⁾ fehlt die tatsächliche Möglichkeit, in den Zinsen der St. Martinsvorstadt den Typ der einheitlichen Gründerleihe zu erkennen, wie er uns in den Wortzinsen der jüngeren Städte begegnet.⁶⁾ Es fehlt aber auch angesichts des heutigen Standes der stadtrechtsgeschichtlichen Forschung die juristische Haltbarkeit jener Annahme.

¹⁾ Westd. Zeitschr. 21, 27 Anm. 55; ZRG. 28 (1907), 523. — ²⁾ Vgl. vorläufig die Skizze, die Joachim in der Westd. Zeitschr. 26 (1907), 108 f. von der s. M. n. planmäßigen Gründung des Kölner Marktes entwirft. — ³⁾ Vgl. Keussen in Westd. Zeitschr. 20, 58 f. — ⁴⁾ Keussen in Westd. Zeitschr. 25, 345; Seeliger a. a. O., 74, Anm. 2. — ⁵⁾ Westd. Zeitschr. 25 (1906), 327 ff., bes. 356 f. — ⁶⁾ Dies ist auch der Kern der Ausführungen Seeligers a. a. O., 91 ff.

Rietschel selbst hat nebst mir den Satz aufgestellt, der sich an einer immer größeren Zahl von Städten bewährt, daß vor den zähringischen und welfischen Stadtgründungen des 12. Jahrhunderts das Marktland den Mercatores zu freiem Eigen überlassen wurde.¹⁾ So viel allerdings steht fest, daß das Kloster Groß-St. Martin in der Rheinvorstadt einen geschlossenen Bezirk zinsbarer Hofstätten von ursprünglich anscheinend gleicher Zinshöhe aus der Hand des Erzbischofs besaß, daß daneben auch der Erzbischof selbst noch verhältnismäßig spät als Besitzer kleiner Hofstättenzinse im Rheinufergebiet erscheint und daß er auch als sicher bezeugter (St. Ursula) oder mutmaßlicher Schenker einiger Zinse im Besitze von anderen Kirchen und Klöstern zu gelten hat.²⁾ Man gewinnt daher den Anschein, daß die ganze Rheinufersiedelung einst dem Erzbischof mit kleinen Arealzinsen zinspflichtig war. Um eine stadtherrliche Gründerleihe kann es sich aber nicht handeln, weil der Aufbau einer Marktgerichtsgemeinde auf derart zinsbarem Grundbesitz für das in Betracht kommende 10. Jahrhundert eine rechtliche Unmöglichkeit bedeutet.³⁾

Man wird sich also nach einem andern Rechtsgrund für diese gleichmäßige Zinsbarkeit des Kölner Rheinufers gegenüber dem Erzbischof umsehen müssen. Darüber liegen bis jetzt erst zwei Äußerungen vor. Keussen will⁴⁾ den Hofzins der Rheinvorstadt als eine allgemeine Grundsteuer auffassen, deren Erhebung mit andern Gerechtsamen seit dem 10. Jahrhundert an die Bischöfe übergegangen sein muß. Er vergleicht ihn mit dem Martinszins in Basel und den Michaeliszinsen in Augsburg. Doch handelt es sich dort um innerstädtische Abgaben, die aus gleich anzuführenden Gründen nicht mit dem Kölner Vorstadtzins auf eine Stufe gestellt werden können. Seeliger kommt hier der Wahrheit viel

¹⁾ Vgl. namentl. Rietschel, Die Städtegründungspolitik Heinrichs des Löwen, *Hist. Zeitschr.* 102 (1909), 257. — ²⁾ Vgl. die zuletzt zitierte Abhandlung von Keussen, *passim*. — ³⁾ Die Gründerleihe der späteren Zeit wird dadurch in ihrer von Rietschel erkannten Eigenart nicht berührt. Daher gehen die von Seeliger (a. a. O. 93) gegen Rietschel erhobenen Einwendungen fehl. —

⁴⁾ *Westd. Zeitschr.* 25, 347 f.

näher.¹⁾ Er schlägt als Erklärung für den erzbischöflichen Zins die Gerichtsherrlichkeit des geistlichen Stadtherrn vor, derzufolge dieser „gleichsam als Inhaber königlicher Rechte Anspruch auf das nicht in privatem Besitz stehende Land erhoben“ habe. Offenbar schwebt Seeliger der Gedanke eines privilegierten Aneignungsrechtes vor. Das trifft aber auch das Richtige. Die deutsche Rechtsgeschichte kennt das Flußregal, welches nicht nur die Flüsse selbst, sondern auch deren Anschwemmungsgebiet der königlichen und später der territorialherrlichen Gewalt unterwarf.²⁾ Meine Forschungen über die Bodenseestädte Arbon und Konstanz haben gezeigt, daß auch dort stadtherrliche Rechte an den Uferländereien bestanden.³⁾ Dem Benediktinerkloster Petershausen bei Konstanz, gegründet im 10. Jahrhundert, muß der Bischof von Konstanz frühzeitig einen seichten Rheinuferstrich überlassen haben, welchen dasselbe alsdann zur Erbleihe ausrät. Damit war eine den Zinsen der Kölner Rheinvorstadt durchaus ähnliche Rechtslage geschaffen. Daher wird jene allgemeine Zinsbarkeit der Kölner Ufervorstadt am besten aus dem Stromregal des Stadtherrn hergeleitet, das in Zinsbezug seine Anerkennung fand. Will man sich mit dieser Deutung nicht befreunden, so bliebe noch ein verdinglichtes Teloneum der Marktbesucher zu erwägen, welches nach Art eines Standgeldes von Marktbuden in Jahresraten erhoben worden wäre.

Eine Marktgründung nach dem Rechte der Gründerleihe hat dagegen zu Köln niemals stattgefunden. Noch bleibt aber die Möglichkeit, die Besiedelung der Rheinufervorstadt auf anderer Grundlage als eine neben Altköln entstandene Marktgemeinde ins Auge zu fassen. Indes sprechen überwiegende Gründe dagegen. Die topographischen Bedenken, die Seeliger gegen eine solche Annahme erhoben hat⁴⁾, verdienen Beachtung, wenn auch den Grenzen der Pfarrbezirke allein kein entscheidendes Gewicht beizulegen ist,

¹⁾ A. a. O., 92f. — ²⁾ R. Schröder, Lehrb. der deutschen Rechtsgeschichte⁵ 218, 545f. — ³⁾ Vgl. Beyerle, Grundherrschaft u. Hoheitsrechte des Bischofs von Konstanz in Arbon (Schriften d. Ver. f. Gesch. d. Bodensees 32), 83f.; Beyerle-Maurer, Konstanzer Häuserbuch II, 1, 335. — ⁴⁾ A. a. O., 95f.

da sie Veränderungen unterworfen sein konnten. Wichtiger sind die Hinweise, daß die stadtherrlichen Beamten ihre Amtssitze innerhalb der Römermauer hatten, sowie daß das älteste Bürgerhaus ebenda in der Pfarre St. Laurenz lag.

An sich wäre es ja möglich, daß auf dem Kölner Rheinufer eine Siedelung von Mercatores entstand, die sich gerichtlich und gemeindlich als selbständiger Verband entwickelt hätte und erst später mit der Altstadt verschmolzen worden wäre. Dagegen spricht aber zunächst, daß wir von einer gerichtlichen Sonderstellung des Gebietes von St. Martin nichts wissen. Die These Oppermanns von einem Zusammenschweißen zweier Schöffenbänke in Köln, derjenigen Altkölns und der Kaufmannsgemeinde, hält näherer Prüfung nicht stand, da nach den von Oppermann selbst beigebrachten Belegen¹⁾ die Kölner Schöffen noch im 12. Jahrhundert in der Normalbesetzung von 12 Dingmannen begegnen. Was wir positiv über die Besiedelung des Ufergebietes wissen, verdanken wir den topographischen Studien Keussens.²⁾ Danach kann die Marktanlage aber nicht von Hause aus als eine für sich bestehende Marktgründung gedacht gewesen sein.

Die bequeme Lage am Strome ließ den aufgefüllten Uferstrich³⁾, wie wir das auch von andern Städten wie Straßburg wissen, zu einem großen Markt und Stapelplatz besonders geeignet erscheinen. „Die ganze Rheinvorstadt bildete ursprünglich einen einzigen großen Marktplatz.“ „Mitten auf dem Platze stand die erzbischöfliche Münze.“ An sie schlossen sich nach den Feststellungen Keussens schon im 11. Jahrhundert die engen Gewerbsgäßchen an, die, aus Holzbudenreihen entstanden, den ursprünglichen Markt in zwei ungleiche Abschnitte zerlegten. Erzbischof Anno gab sie um 1068 seinem Zöllner Ludolf zu Lehen. Am Anfange haben wir uns also offenbar ein bazarartiges Treiben zwischen Rhein und Römermauer vorzustellen. Stehender Markt wie Jahrmärkte mögen durch bewußte Tat Brunos oder eines

¹⁾ Vgl. oben S. 32 Anm. 5; Keussen in Westd. Zeitschr. 20, 56. —

²⁾ A. a. O., 60f.; Topogr. I, 56*f. — ³⁾ Über die sich durch Jahrhunderte hinziehende Auffülltigkeit vgl. Keussen a. a. O., 57.

andern Erzbischofs des 10. Jahrhunderts auf das Auffüllland — immer wegen seiner günstigen Lage, nicht etwa wegen Platzmangels in der Römerstadt — verlegt worden sein. Hier vor den Mauern mochten ebenso altkölner Gewerbsleute und Juden ihre Waren feilhalten, wie dies seitens fremder Händler sicherlich geschah, denn zweifellos spielte der Einschlag der auswärtigen Kaufleute eine große Rolle. Noch neuestens hat Keussen¹⁾ an Hand der alten Gassen- und Häusernamen nachgewiesen, welch buntgemischtes Händlervolk sich hier niedergelassen hatte. Bei Klein-St. Martin lag die Walengasse (*platea Gallicorum*) mit einem Hause Dinant. Auf der Westseite des Heumarktes saßen die Brabanter, die Leute von Brüssel; auf der Südseite des Platzes folgten die Fläminge mit dem Hause Gent. Wir hören von einer Straßburger Gasse, wobei Keussen vermutet, daß Straßburger in Köln die Bezeichnung für alle Oberdeutschen gewesen zu sein scheine. Freilich steht daneben auch ein Haus Basel. Der Sachsenhof, der eine Sackgasse füllte, fehlt ebensowenig wie die Friesengasse. Noch die Gilde und Bürgerliste von St. Martin aus dem 12. Jahrhundert kennt als Heimat der einzelnen Kaufleute folgende Städtenamen: rheinabwärts Worringen, Neuß, Duisburg; rheinaufwärts Bonn, Remagen, Andernach, Boppard, Bacharach, Trier, Aachen und Jülich; aus Norddeutschland Goslar, Göttingen, Hildesheim, Eschwege, Osnabrück, Soest, Münster; aus Mittel- und Süddeutschland: Wetzlar, Mainz, Speyer, Würzburg, Basel, Zürich, Kempten; aus Niederland die meisten Städte; aus dem Wallonisch-Französischen Lüttich, Huy, Dinant, Valenciennes, Verdun; auch ein Pole und mehrere Römer fehlen nicht. Die aus entlegenen Gegenden kommenden Kaufleute wohnten, mittelalterlichem Brauche folgend, nach Landsmannschaften beisammen.

Es ist ein Bild internationalen Handelslebens, das sich uns aus dieser Perspektive für die Anfänge der Kölner Rheinvorstadt eröffnet.²⁾ Für die Standplätze der Holz-

¹⁾ Westd. Zeitschr. 28 (1910), 474ff. — ²⁾ Doch sei darauf hingewiesen, daß es auch innerhalb der Altstadt einen Griechenmarkt und im Vorort von St. Gereon ein altes Friesenquartier gab.

buden, die hier zunächst errichtet wurden, mögen frühzeitig feststehende Zinssätze üblich geworden sein. Sie blieben als Reallasten bestehen, auch nachdem Wohnhäuser an die Stelle der Buden in oft vielleicht kaum merklichem Übergang getreten waren. So entstand die fortschreitende Ansiedelung auf dem Marktgebiete zwar nicht gegen den Willen des Stadtherrn, aber doch aus sich selbst heraus. Im ursprünglichen Plane der Marktverlegung an das Rheinufer war sie kaum enthalten.

Gegenüber der seßhaften Gerichtsgemeinde in Altköln stellte das Marktleben vor den Römermauern am Anfange einen Fremdkörper dar, wie wiederholt bemerkt wurde. Es war sicher so sehr als etwas Fremdes empfunden, daß eine Eingliederung der Marktvorstadt in die Kölner Altgemeinde von Anfang nicht beabsichtigt war. Zwei Momente sprechen dafür. Das eine liegt in dem erörterten Bodenzins vom Uferlande. Wäre von Anbeginn eine Verschmelzung der Marktkolonie mit der Dinggemeinde von Altköln beabsichtigt gewesen, so mußten die Hofstätten den Ansiedlern zu freiem Eigen überlassen werden, da nur dieses die Ding- und Schöffenfähigkeit verschaffte. Das war nicht der Fall. Damit wird aus dem Rechtsempfinden des 10. Jahrhunderts heraus die Annahme einer Sondergemeinde mit öffentlichem Sondergericht (Marktgericht) für die Marktvorstadt ausgeschlossen. Durch das gewiß nicht zufällige Fehlen jeder Nachricht über etwaige besondere Richter und Schöffen derselben wird diese Annahme unterstützt. Die Kölner Marktbesiedelung stellt aber zunächst überhaupt keinen dinglichen Verband gerichtlichen oder kommunalen Charakters dar. Sie zeigt vielmehr das Bild des interlokalen Handelsverkehrs eines buntgemischten Händlervolkes, wie es uns als Vorstufe der örtlichen Verbandsbildung bekannt ist. Die fremden und einheimischen Händler in Köln mögen ihre Streithandel nach gemeinem kaufmännischen Gewohnheitsrecht der Frühzeit durch gewählte Schiedsleute ausgetragen¹⁾, oder sie vor das stadtherrliche Gericht gebracht haben. Die Tatsache

¹⁾ Vgl. das älteste Soester Stadtrecht Ziff. 29, Keutgen, Urkk., Nr. 139.

ferner, daß uns in der Kölner St. Martinsvorstadt eine zahlreiche Kaufmannsgilde begegnet, spricht dafür, daß hier die Entwicklung des genossenschaftlichen Lebens nicht von Obrigkeits wegen in Gestalt öffentlicher Verbände ihre Bahnen vorgezeichnet erhielt, sondern sich auf dem privaten Boden freiwilligen Zusammenschlusses vollzog. Wollten aber ansässig gewordene Fremde die vollen Rechte der Altkölner genießen, so wird ihnen nichts übrig geblieben sein, als innerhalb des römischen Köln freien Grundbesitz zu erwerben, bis die Zeit — früh genug — reif war, auch im Besitz einer zinsbelasteten Liegenschaft in der Rheinvorstadt selbst eine ausreichende Grundlage für Bürgerrecht und Schöffenfähigkeit zu erblicken. Dann aber war, durch Mauerbau und Bürgersteuer gefördert, die volle Verschmelzung von Altköln und Marktsiedelung ein Leichtes. Die öffentlichen Gerichte der Altstadt nahmen alsdann die Marktvorstadt in ihren Bezirk vollends auf, und die Aufgaben der Gilde traten auf den gewerblichen und rein geselligen Boden zurück. Von einem Herauswachsen der Gesamtgemeinde Köln aus der St. Martinsvorstadt kann aber nicht die Rede sein, vielmehr dürfte die Vorstellung des umgekehrten Hergangs der Aufsaugung des Marktgebietes durch die stadtherrlichen Organisationen des an Umfang, Bewohnerzahl und Bedeutung stets überwiegenden Altköln das Richtige treffen.¹⁾

Damit ist sehr wohl vereinbar, daß die rührigen Kaufleute der St. Martinsvorstadt es vielleicht zuerst zu einer entwickelten Parochialgemeinde gebracht haben und hierin das Vorbild der andern Pfarrbezirke geworden sind.²⁾ Im übrigen wird es bei den Ausführungen Seeligers³⁾ sein Bewenden haben müssen. „Gewiß im 10. Jahrhundert etwa hat eine kräftige Besiedelung des Rheinufers eingesetzt. Gewiß, in den Rheinvororten lag der Kölner Markt, hier war der Mittelpunkt des städtischen Lebens“, völlig unbewiesen aber ist, daß eine Marktgründung im technischen Sinne vorlag.

¹⁾ Auch v. Below steht der Marktgemeinde skeptisch gegenüber, vgl. Stadtgemeinde, Landgemeinde, Gilde, 439. — ²⁾ Vgl. Oppermann, a. a. O., 32. — ³⁾ A. a. O., 95.

5. Die Kaufmannsgilde.

Es geht somit nicht an, für die Entwicklung der Gesamtgemeinde Köln der Marktvorstadt als Marktgemeinde ausschlaggebende Bedeutung beizulegen.¹⁾ Aber vielleicht leistete das, was die Einrichtungen des Marktrechts hier nicht geleistet haben, die selbsterrichtete Genossenschaft der Kaufleute von St. Martin, die Gilde. Vielleicht war sie Pionier und Träger der kommunalen Idee und hat die Freiheit des Bürgertums dem Stadtherrn abgerungen?

An zwei Wendepunkten der Kölner Verfassungsgeschichte könnte die Gilde eine Rolle gespielt haben: Im engeren Aufbau der Handelsniederlassung am Rheinufer seit dem 10. Jahrhundert einerseits, in der Gesamtbildung von Großköln und als Rechtsform der politisch bevorrechteten Richerzeche im 12. Jahrhundert andererseits.

Seit Wilda den Rechtsgedanken der Gildegenossenschaft in die deutsche Städteforschung eingeführt²⁾, Gierke³⁾ und Nitzsch ihn weiter ausgebaut haben, sind immer wieder Versuche aufgetaucht, ihn auch für die Bildung der komplizierten Erscheinung der Gesamtgemeinde Köln zu verwerten. Die Forscher knüpften dabei an die wiederholt begegnete Stelle der großen Kölner Annalen zum Jahre 1112 an: „Coniuratio Coloniae facta est pro libertate“.⁴⁾ Seitdem aber v. Below⁵⁾ und Hegel⁶⁾ ihr Verdikt über die Gilde als Ursprung deutschen Städtewesens gesprochen hatten, kam die sog. Gildetheorie in demselben Maße in Mißkredit, als sich die Marktrechtstheorie das Feld eroberte.

¹⁾ Vgl. auch H. v. Lösch, *Hansische Geschichtsblätter* 1906, S. 423, wo mit aller Deutlichkeit betont wird, daß der Markt im Gebiete von St. Martin der Markt der Gesamtgemeinde Köln war. „Diese, nicht die Teilgemeinde St. Martin, ist für diesen Markt der Markttort, die Marktgemeinde.“ — ²⁾ Wilda, *Das Gildenwesen im MA.* (1831), 166 ff., für Köln im besondern 176 ff. — ³⁾ *Genossenschaftsrecht* I, 264, 271. — ⁴⁾ Vgl. die Literaturnachweise bei Heldmann a. a. O., 40 Anm. 3, dazu Gierke, *Genossenschaftsrecht* I, 272, Oppermann a. a. O., 33 f.; vgl. im übrigen unten Abschnitt 6 dieser Abhandlung. — ⁵⁾ *Die Entstehung der deutschen Stadtgemeinde* (1889), 68 f. — ⁶⁾ *Städte und Gilden* II (1891), 504.

Unlängst ist ein Umschlag eingetreten, der die Gilde für die Fragen der Stadtrechtsgeschichte erneut auf den Schild hob. In der Festschrift für A. Hagedorn (1905) trat H. Joachim mit einer Abhandlung hervor: „Gilde und Stadtgemeinde in Freiburg i. B.“ worin der Versuch unternommen wurde, den Zusammenschluß der Kaufleutensiedlung von Freiburg i. B. im Jahre 1120 als eine Gilde zu erklären und durch Beispiele verwandter Vorgänge in anderen Städten, so in Köln, zu stützen. Mögen auch die Annahmen Joachims und ihre gleich zu erörternde Verallgemeinerungstendenz einer Nachprüfung im einzelnen nicht standhalten, so muß doch schon heute gesagt werden, daß seine Untersuchungen von bleibendem Werte für die Städteforschung sein werden. Sie haben selbst und durch die von ihnen angeregten Forschungen anderer den Gildegedanken zu neuem Leben erweckt. Sie schufen hellen Ausblick in dunkle Vorgänge, indem sie halbverschüttete Schächte wieder aufdeckten, welche die Gilde, den privatrechtlichen Prototyp gewillkürter Genossenschaftsbildung, als eine höchst anpassungsfähige Rechtsform für die Organisationsbedürfnisse des mittelalterlichen Bürgertums erkennen lassen.

Vorweg sei bemerkt, daß die Abhandlung Joachims die Studien zur Freiburger Verfassungsgeschichte bedeutsam gefördert hat. Freilich war es ein Fehler Joachims, die sämtlichen Neuansiedler Freiburgs in den *Coniuratores fori* begreifen zu wollen; diese stellen vielmehr einen engeren Unternehmerverband von „*mercatores personati*“ dar.¹⁾ In dieser engeren Grenzziehung kommt zweifellos der Gilde für die Gründung von Freiburg i. B. ausschlaggebende Bedeutung zu.²⁾ Die Freiburger *Coniuratio* ist das, wogegen sich Joachim sträubt, ein engerer Ausschluß von vornehmeren

¹⁾ Das hatte von früheren namentlich Gothein (Wirtschaftsgesch. d. Schwarzwalds I [1892], 92f.) angenommen. Vgl. jetzt Franz Beyerle, Untersuchungen zur Geschichte des älteren Stadtrechts von Freiburg i. B. und Villingen a. Schw. (Meine deutsch-rechtlichen Beiträge V, 1), 123ff.; vgl. auch H. v. Lösch, *Hansische Geschichtsblätter* 1906, 420. — ²⁾ Durch die Ausführungen von Franz Beyerle (a. a. O.) erledigen sich auch die Einwendungen, die v. Below gegen Joachim erhebt (Stadtgemeinde, Landgemeinde, Gilde, 427ff., 431ff.).

Kaufleuten, der als freiwilliger Verband ins Leben trat, sich nach außen und unten alsbald sozial abschloß und von vornherein seitens des Stadtherrn mit öffentlichen Aufgaben betraut wurde. Sie hat größte Ähnlichkeit mit der Kölner Richerzeche auf der Höhe ihrer Macht.¹⁾

In Köln können als gildemäßige Erscheinungen, von den Handwerkerzünften abgesehen, die genannten drei: die Kaufleutegilde, die Coniuratio von 1112 und die Richerzeche angesprochen werden. Dabei ist im Auge zu behalten, daß die Bejahung ihres Gildecharakters noch nicht besagt, daß sie für die Entstehung der Gesamtgemeinde Köln ausschlaggebende Faktoren waren.

In bestechenden Ausführungen und scharfsinniger Gedankenfolge, auf gründlicher Quellenkenntnis aufgebaut, legte Joachim seine neue Formulierung der Gildetheorie vor. Er stellte den Satz auf, daß die Marktansiedelungen als Schutzgilden der Mercatores ins Leben getreten seien. Als Unterlagen dienten ihm der alte Bericht Alpert's von Metz über die Gepflogenheiten der Tieler Kaufleute²⁾, die Handelsprivilegien der ostfälischen Städte seit 975, die Nachrichten über die Gründung von Freiburg i. Br. Insbesondere aber faßte er die Bewohnerschaft der kölnischen Kaufmannsvorstadt von St. Martin als Gilde auf.³⁾

Gestützt auf die Behauptung H. v. Loesch' in dessen grundlegender Studie über die Kölner Kaufmannsgilde⁴⁾, wonach in ältester Zeit die Parochialgemeinde von St. Martin und die Kaufmannsgilde zusammengefallen sein sollten, erblickte er in der letzteren die ursprüngliche Rechtsform der Ansiedelung der Kölner Marktgemeinde. Trotzdem H. v. Loesch seine Meinung inzwischen einschränkte⁵⁾ und nur mehr den zahlenmäßigen Schwerpunkt der Kaufmannsgilde in die St. Martinspfarre verlegt wissen wollte, hielt Joachim seine Meinung in verallgemeinerter, für alle Marktgründungen Geltung beanspruchender Fassung aufrecht.⁶⁾ Joachim fand

¹⁾ Vgl. Lau a. a. O., 76 ff.; jetzt auch Keussen in Westd. Zeitschrift 28, 505 ff.; siehe unten Abschnitt 6 im Texte. — ²⁾ Vgl. Keutgen, Urkunden Nr. 75. — ³⁾ Vgl. Joachim a. a. O., 27 ff., 72 f. — ⁴⁾ Westd. Zeitschr., Erg.-Heft XII (1904), 3, 44. — ⁵⁾ Hansische Geschichtsblätter 1906, 423. — ⁶⁾ Vgl. H. Joachim, Die Gilde als Form städtischer Gemeindebildung, Westd. Zeitschr. 26 (1907), 80 ff.

Zustimmung bei Rietschel¹⁾, der in dieser Ehrenrettung der Gilde nicht einen Umsturz der bisherigen stadtverfassungsgeschichtlichen Anschauungen, sondern eine Ergänzung erblickte, „deren Notwendigkeit sich immer mehr geltend machte“.

Wenn einer der ersten Kenner der deutschen Stadtrechtsgeschichte sich so beifällig äußert, dann scheint in der Tat diese neue Etappe der Forschung, die Joachim inau-guriert hat, ernster Beachtung wert. Auch unabhängig davon, ob sie für diesen und jenen Fall zutrifft oder nicht, ob sie insbesondere das Rätsel der Kölner Verfassungsgeschichte zu lösen bestimmt ist oder gerade hier versagt. Daher ist nötig, die neue Lehre kurz auf ihre allgemeine Brauchbarkeit anzusehen, ehe ihre Durchführbarkeit an Kölns Rechtsvergangenheit einer Prüfung unterzogen wird.

Zweifellos wohnt der Vorstellung, daß die Marktgründungen als Gilden, d. h. als Schwurverbände der Ansiedler ins Leben traten, viel Bestechendes inne. Neben dem „Herrschaftsvertrag“, der die Verhältnisse der Ansiedler zum Stadtherrn, will sagen das öffentliche Recht des Marktes zum Inhalt hat und der in der Forschung seit langer Zeit im Vordergrund stand, sollte der neuerweckte Gildegedanke den „Gesellschaftsvertrag“ d. i. die Rechtsform enthüllen, in der sich die Ansiedler untereinander zum einheitlichen Gemeindeverband zusammengeschlossen hätten.²⁾

Das deutsche Markungsdorf hatte seine genossenschaftliche Wurzel in der Sippe, aus der es hervorgegangen ist. Die grundherrliche Siedelung schuf genossenschaftliche Verbände mit herrschaftsrechtlicher Spitze. Hierbei formierte freilich, soweit nicht die Grundherrschaften ganze Dörfer aufzusaugen und so in das Erbe der freien Markgenossenschaften zu treten vermochten, weder das private Hofrecht, noch die Gilde, sondern die Banngewalt der Gerichtsbarkeit die einzelnen Genoßamen. Worauf es hier aber in erster Linie ankommt, jedenfalls arbeiteten auch die Grundherrschaften überwiegend mit ansässigen Bevölkerungselementen

¹⁾ Diese Zeitschrift 28 (1907), 523 f. — ²⁾ Rietschel a. a. O.

und kannten nicht die bunt gewürfelten Mengen, die das Wesen der kolonisatorischen Marktgründungen ausmachten. Gerade die letzteren ließen aber bei näherem Zusehen das einigende Rechtsband für die Gesamtheit der Marktansiedler vermissen. War nun die Gilde eine künstliche Sippe und traten die Marktsiedelungen neben die aus Sippen hervorgegangenen Markungsdörfer, so lag es nahe, trotz der Dürtigkeit der Quellen, die Gilde als anfängliche Rechtsform der Marktgemeinden heranzuziehen. Weshalb sollte die Gilde, die im Norden noch spät so lebendig war, nicht auch in der Frühzeit der deutschen Städte Bedürfnisse der Genossenschaftsbildung befriedigt haben? Führt doch auf sie, die selbst schon Abspaltung und Abschwächung der germanischen Schwurbrüderschaft war¹⁾, in letzter Linie jede eidliche Vereinigung einer Mehrheit zu gemeinsamem Zweck zurück. Wenn wir seit den ältesten Stadtrechten die Pflichten der Bürger gegenüber der Genossenschaft auf den Eid gestellt sehen, den sie ihren selbstgewählten Organen schwören, so mag auch schon im Beginn der Marktgründungen die Eidverbindung genossenschaftliches Leben begründet und getragen haben.

Trotzdem kann ich nicht an eine derart allgemeine Funktion der Gilde im Zeitalter der deutschen Marktgründungen glauben. Die Möglichkeit sei zugegeben, daß sich in rasch aufblühenden Marktgründungen, die regsames Kaufleutevolk von weither vereinten und Platz- sowie Fernhandel betrieben, sehr früh zu Schutzgilden zusammenschlossen, die draußen wie zu Hause die Rechtsunterlage des genossenschaftlichen Lebens abgaben. Doch war die Gilde ebenso wenig die allgemeine Voraussetzung des Zusammenschlusses der Marktansiedler, als sie in ihrem Mitgliederbestand auf einen einzelnen Marktort lokal beschränkt zu sein brauchte.

Der erstere Satz, in welchem die Theorie Joachims gipfelt, übersieht die genossenschaftsbildenden Triebkräfte der Gerichtsverfassung, die wir oben kennen gelernt haben. Das Gemeinleben eines Verbandes kann einen sehr ver-

¹⁾ Vgl. Pappenheim, Über künstliche Verwandtschaft im germ. Rechte, ZRG. 29 (1908), 326 ff.

schiedenen Grad haben. Das Bedürfnis nach starker Entfaltung einer geschlossenen Organisation tritt nicht überall und nicht zu gleicher Zeit auf. Hunderte von kleineren und mittleren Gründungsorten, die wir im 10.—13. Jahrhundert entstehen sehen, waren sicher nicht auf eine Schwurgilde aufgebaut. Sie sind vielmehr als reine stadtherrliche Schöpfungen ins Leben getreten. Von Herrschafts wegen wurden die öffentlichen Verhältnisse, wurden Markt und Gericht, Münze und Zoll, Befestigung und Almendnutzen geregelt. Die Bevölkerung dieser kleinen Märkte, vielfach Ansiedelungen von Handwerkern und Ackerbürgern aus der näheren und nächsten Umgebung, ja aus der hörigen Genossame des Gründers selbst, fanden in der Dinggemeinde des Marktgerichts ihr einigendes Rechtsband von so ausreichender Intensität, daß hier das Bedürfnis nach Gildevereinigung nicht aufkam. Was sich hier dann später an autonomem Streben der Bürgerschaft zeigt, liegt aber zeitlich von der Gilde so weit entfernt, daß man von einem ernsthaften Wirken des Gildegedankens nicht mehr sprechen kann. Man müßte denn als Gilde jede noch so bescheidene Ratsverfassung erklären, die nach dem Vorbild der großen Städte auch in den kleinen und kleinsten ihren Einzug hält und die Bürger in Eidpflicht nimmt. Viel näher liegt da die Annahme einer Übertragung fertiger städtischer Einrichtungen, die sich anderwärts unter Einwirkung gilderechtlicher Vorstellungen entwickelt haben mochten.

Kehren wir zu Köln zurück. Auf den Anteil der Richerzeche, einer gildemäßigen Vereinigung des Kölner Patriziates, an der Bildung der Gesamtgemeinde Köln ist später einzugehen. Auch die „Coniuratio pro libertate von 1112“ sei vorerst nochmals zurückgestellt. Denn nur die folgende Frage wollte die neue Gildetheorie bejahen: Erfolgte die Gründung der Marktgemeinde von St. Martin in Gestalt einer Kaufmannsgilde?

Ehe auf die Gegenargumente Dritter eingegangen werden soll, sei betont, daß das negative Ergebnis, zu welchem die Untersuchung der Marktgründung von St. Martin geführt hat, für und gegen die verfassungsgeschichtliche Bedeutung der Gilde verwendet werden kann. Insofern es unrichtig ist,

daß eine eigentliche Marktgründung im 10. Jahrhundert am Kölner Rheinufer stattgefunden hat, legt sich der Gedanke nahe, daß die hier angesiedelte Schar von Kaufleuten in ihrer bunten Herkunft frühzeitig in der selbstgeschaffenen Gilde die Rechtsform für ihren Gemeinkreis gefunden hat. Gegen die von Joachim behauptete allgemeine Bedeutung der Gilde für die Marktgründungen spricht es aber, daß es gerade in Köln an einer solchen Gründung offenbar fehlte.

Sehen wir nach diesen Vorbemerkungen, was von anderer Seite gegen die Gildehypothese Joachims geltend gemacht wurde.

H. v. Loesch lehnte sie sofort entschieden ab.¹⁾ Er erkannte richtig, daß der von Joachim behauptete Zusammenhang zwischen der Kölner Kaufmannsgilde und den Coniuratores fori des zähringischen Freiburg nicht bestanden haben könne, da die letzteren, wie oben ausgeführt, nur ein Ausschuß der Marktansiedler waren. Er betonte ferner das Auseinanderfallen der Mitgliedschaft der Kölner Kaufmannsgilde und der Kirchspielszugehörigkeit zur St. Martinsparochie. Aus der berühmten Bürger- und Gildeliste von St. Martin gehe nur so viel hervor, daß zeitweilig im 12. Jahrhundert Gemeindevorstand und Gildeälteste in Personalunion aus denselben Männern bestanden und daher auf einem Pergamentblatte die Bürgerliste und das Verzeichnis der Gildegenossen geführt hätten.

Eine noch radikalere Zurückweisung erfuhr die Theorie Joachims durch Seeliger.²⁾ Auch nach ihm haben Marktgründung und Bodenvergebung noch Gründerleihe in der St. Martinsvorstadt ebensowenig stattgefunden, „als die Gilde mit ihren Einrichtungen das Maßgebende bei der Entwicklung der Kölner Gemeinde gewesen ist“. Im Anschluß an von Loesch leugnet auch Seeliger die Deckung von Gilde und Rheinufergemeinde. „Die Kölner Gilde hat Verbindung“ — nur — „mit einer Kölner Parochialbehörde gewonnen, nicht mit der bürgerlichen Zentralleitung.“ Und selbst hier glaubt Seeliger bestimmt aussprechen zu können: „die Parochialorganisation ist nicht das Ergebnis der Gildebildung“. Seeliger ist zuzugeben, daß bis jetzt für keinen Fall die

¹⁾ Hansische Geschichtsblätter 1906, 420 ff. — ²⁾ A. a. O., 89 ff.

Deckung einer Gilde mit der Bewohnergesamtheit einer Marktgründung erwiesen ist, nachdem das Beispiel von Freiburg nach dieser Richtung versagt hat und der Bericht Alpert's von Metz über die Tieler Gilde¹⁾ keine sichere Deutung nach der einen oder andern Seite zuläßt.²⁾ Freilich nimmt auch Seeliger an, daß an bedeutenden Handelspunkten in der Frühzeit Gilden entstanden. „Gilden waren in den Städten vielfach vor der Organisation der bürgerlichen Gemeinden“ vorhanden.³⁾ Aber sie waren dazu nicht notwendig, wie sich uns gezeigt hat.

Scharfe Kritik an der neuesten Formulierung des Gildedankens hat sodann v. Below in seinem mehrerwähnten Aufsatz⁴⁾ geübt. Zur Bestärkung der von ihm übernommenen Gegenargumente v. Loesch' und Seeligers macht v. Below mit Recht geltend: Wenn schon der Listenschreiber des 12. Jahrhunderts sorgsam Gildegenossen und Bürger der St. Martinsparochie auseinanderhält, so ist der Schluß unberechtigt, daß beide in früherer Zeit zusammenfielen. Der weitere Sprung von der Gilde der St. Martinsgemeinde zur Gesamtgemeinde Köln ist ferner, wie v. Below hervorhebt, von keinem Forscher mit Glück versucht worden. Dennoch dürfte v. Below die Gefolgschaft zu versagen sein, wenn er die neue Gildetheorie für einen ungesunden Ausweg erklärt, der von denen beschritten werden mußte, die mit den Gedanken der Marktrechtstheorie die Landgemeinde als Ursprung der Stadtgemeinde für beseitigt hielten. Gleiches gilt nach dem früher Gesagten von dem Postulat v. Belows, daß es zur Gesundung der Auffassung unentbehrlich sei, „den Zusammenhang von Stadt- und Landgemeinde zu beachten“. Denn die Marktrechtstheorie, die von Gericht und Dingverband ausgeht, besitzt vollgenügende Unterlagen, um bürgerliches Gemeinleben von mehr oder minder starker Intensität hervorzubringen.

Zuletzt hat Keussen zur Gildefrage Stellung genommen.⁵⁾ Ebenfalls unter grundsätzlicher Ablehnung des Standpunktes

¹⁾ Keutgen, Urkunden Nr. 75. — ²⁾ Vgl. hierüber abschließend v. Below, Stadtgemeinde, Landgemeinde, Gilde, 440 f. — ³⁾ Seeliger a. a. O., 99. — ⁴⁾ A. a. O., 427 ff. — ⁵⁾ Westd. Zeitschr. 28 (1910), 476 ff.; Topogr. I, 58* f.

von Joachim, aber in sachlich wertvoller Modifizierung der Annahmen Joachims. Seine Nachweise über das buntgemischte Kaufleutevolk der St. Martinsvorstadt sind uns begegnet.¹⁾ Auch Keussen sieht gegenüber der Gemeinde von Altköln in diesen Händlern fremde Elemente, die nicht in bewußter stadtherrlicher Marktgründung zu einem eigenen Gerichtsbande zusammengefaßt wurden, sondern die sich aus eigenen wirtschaftlichen und geselligen Bedürfnissen heraus zu einer Schutzgilde zusammenfanden und in ihr sowohl am Platze wie im Wanderhandel das zunächst einzig mögliche Band rechtlicher Gemeinschaft besaßen. Überaus wichtig hierfür ist die Feststellung Keussens: Noch im 12. Jahrhundert brauchten die Gildegenossen nicht Bürger zu sein.

Nach dieser kritischen Umschau dürfte kein Zweifel daran übrigbleiben, daß die Kölner Kaufleutegilde ein ehrwürdiges Institut des frühen interlokalen Handelsverkehrs ist, daß sie aber niemals dazu bestimmt war, einen öffentlichen Verband zu bilden oder zu stützen. Ihr privater Charakter zeigt sich am besten darin, daß sie in dem Grade zurücktrat und schließlich zu sein aufhörte, als die Kölner St. Martinsvorstadt im Gemeinwesen und Gerichtsverband von Altköln aufging. An der ersten Empörung der Kölner gegen ihren Stadtherrn, dem Aufruhr gegen Erzbischof Anno²⁾, beteiligten sich die Kaufleute hervorragend. Ihrer Sechshundert sollen vor der Rache des zurückkehrenden Erzbischofs Köln verlassen haben. Die Kaufleute waren also schon damals ein mächtiger Faktor in Köln geworden. Gewiß hat es auch in Altköln zu allen Zeiten Kaufleute und Handwerker in nicht geringer Zahl gegeben. Allein die im 10. Jahrhundert einsetzende wirtschaftliche Hochkonjunktur verschob offenbar den Schwerpunkt des handeltreibenden Köln in die Rheinufervorstadt und in die dort ansässig gewordenen fremden Händler. Noch im Jahre 1103 standen die Kaufleute als eigene geschlossene Organisation der Altkölner Schöffenbank als der geborenen Vertretung der Bürgerschaft gegenüber. Ein Zollprivileg, welches damals Erzbischof

¹⁾ Vgl. oben S. 37. — ²⁾ Im J. 1074; vgl. Hegel a. a. O., XVIII.

Friederich den Kaufleuten von Lüttich und Huy erteilte, wurde durch Schöffenspruch und Eid der Kaufleute bekräftigt.¹⁾ Die Kaufleute stehen hier dem Schöffengericht noch als Gilde gegenüber, wie ihr Gesamtgericht zur Genüge ergibt.²⁾ Andererseits war schon zur Zeit der Aufzeichnung der Gilde- und Bürgerliste, in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts, der rein kaufmännische Charakter der St. Martinsvorstadt nach den topographischen Feststellungen Keussens im Schwinden begriffen.

Für den Aufbau der Gesamtgemeinde Köln kommt nach alledem der Kaufmannsgilde kein Anteil zu. Das beweist ihr früher Untergang. Dinggemeinde und Schöffengericht der Altstadt einerseits, die Kirchspielsgemeinden der Kölner Pfarrkirchen andererseits sind die Wurzeln und ersten Träger der kommunalen Autonomie geworden. Die Kaufmannsgilde hatte ihre Rolle ausgespielt, als ihre Genossen, zu seßhaften Bürgern des Kirchspiels von St. Martin geworden, in dieser Kirchgemeinde ihre räumlich begrenzte Einigung fanden und in der neuen Genossenschaftsform verfassungsgeschichtliche Aufgaben übernahmen, die der Gilde niemals beschieden gewesen waren. Den angesehenen Kaufleuten der letzteren aber kam sicherlich beim Zusammenschluß der vornehmen Bürger in der zu gleicher Zeit auftretenden Riechzeche ein maßgebender Anteil zu, so daß auch diese Organisation des Kölner Patriziates als Miterbin der noch im 12. Jahrhundert untergegangenen Kaufmannsgilde angesprochen werden muß.

6. Die Gesamtgemeinde Köln.

Das 12. Jahrhundert hat das Antlitz von Köln von Grund aus umgestaltet. An seinem Beginne stehen zwei sich rasch folgende Ereignisse: die erste große Stadterweiterung (1106) und die *Coniuratio pro libertate* (1112). Durch die erstere wurde nördlich der Altstadt der große Vorstadtbezirk Niede-

¹⁾ Ennen, Quellen z. Kölner Gesch. I Nr. 67: „Hoc autem testimonium sancitum est et adstipulatum iudicio scabinorum, sacramento negotiatorum, praesentia virorum illustrium.“ — ²⁾ Vgl. Seeliger a. a. O., 62f. Noch engl. Zollprivilegien aus der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts unterscheiden „cives et mercatores et homines Colonienses“, vgl. Keussen, Westd. Zeitschr. 28, 495.

rich (burgum inferius, nieder gelegenes Reich = Bezirk), der bis dahin in gerichtlicher und kommunaler Selbständigkeit hochgekommen war¹⁾, in den Mauerring einbezogen; südlich der Römermauer geschah ein gleiches hinsichtlich des etwas kleineren Oversburg (Overrich, Airsbach, burgum superius); westlich wurde die Immunität von St. Aposteln mit ihrer Nachbarschaft angegliedert. Auf Geheiß des bürgerfreundlichen Kaisers Heinrich IV. nahmen die Bürger diese große Mauererweiterung vor, nachdem sie den Erzbischof aus der Stadt vertrieben hatten.²⁾ Gegen den geistlichen Stadtherrn war aber auch jenes zweite verfassungsgeschichtliche Ereignis, die Coniuratio pro libertate, gerichtet. Das ganze 12. Jahrhundert zeigt dann ein Ansteigen der bürgerlichen Selbständigkeit, das in der Schreinstätigkeit der Parochialgemeinden den am meisten beachteten Niederschlag auf uns gebracht hat. Die größte Leistung des mittelalterlichen Köln geschah aber im Jahre 1180. Damals umging die Kölner Bürgerschaft, auf Seite der Gegner Friedrichs I. stehend, in direktem Vorgehen gegen die Macht des Kaisers, aber diesmal im Einverständnis mit dem Erzbischof, durch den größten Mauerring einer mittelalterlichen deutschen Stadt die halb ländlichen, halb städtischen Vororte der Außentüster. Man weiß, daß dieser äußere Mauerzug, die Innenlinie des heutigen Kölner Rings, die Grundherrschafts- und Gerichtsgrenzen der Außengemeinden im Interesse eines einheitlichen Festungsbaues beliebig durchschnitt.³⁾ Das historische Köln hat nie mehr jenen in Anspannung aller Kräfte weit hinaus verlegten Befestigungsring überschritten. Neben dieses äußere Denkmal einer zu Macht gelangten Bürgerschaft treten wichtige Umgestaltungen der inneren Verfassung. Ein engerer Kreis der Vornehmen, die sich in der Richezeche abschließen, gewinnt öffentliche Funktionen und bahnt die Herrschaft des Patriziats an, während die Schöffenbank der Altstadt und die Amtleute der Parochialgemeinden, denen zunächst in der Vertretung der Gesamtbürgerschaft eine maßgebende Rolle zugefallen war, allmählich zurück-

¹⁾ Vgl. Seeliger a. a. O., 37 f., 45 ff. — ²⁾ Vgl. Keussen, Westdeutsche Zeitschr. 28, 492. — ³⁾ Vgl. Seeliger a. a. O., 32.

treten. Die Entstehung des Rates liegt dagegen erst jenseits der Schwelle des 13. Jahrhunderts; doch ist neuerdings eine Stimme aufgetreten, die ihn als die Frucht der Ereignisse von 1180 hinstellen will.

Diesen Tatsachenkomplex überschauen, heißt die Aufgabe erkennen: Welche Triebkräfte haben aus den in gerichtlicher und kommunaler Hinsicht so verschiedenartigen Verbänden der Altstadt und ihrer Vororte die Gesamtgemeinde Köln entstehen lassen? Bestehen hier Anknüpfungspunkte nach rückwärts oder liegt eine vollständige Neuschöpfung vor?

Vor solche und ähnliche Fragen sah sich die Kölner Forschung seit lange gestellt. Der Unterbau der öffentlichen Gerichtsverfassung des stadtherrlichen Köln ist in seinen genossenschaftsbildenden Werten unbeachtet geblieben. Die Landgemeindetheorie hat versagt. Die Lösung des Rätsels, die neuestens Marktgründung und Kaufmannsgilde bringen sollten, hat sich als unhaltbar erwiesen. Im übrigen stehen drei Dinge im Mittelpunkte des Problems: der Anteil der Parochialgemeinden an der Entstehung der Gesamtgemeinde Köln, die Rechtsnatur der Coniuratio von 1112 und deren praktische Bedeutung, endlich Ursprung und Stellung der Richerzeche.

Da die Sondergemeinden der inneraltstädtischen Pfarrspiele offenbar schon vor dem Zusammenschluß von Großkölnt Träger kommunaler Selbständigkeitsbestrebungen waren¹⁾,

¹⁾ Während Heldmann (a. a. O., 45) apodiktisch die Unmöglichkeit der zeitlichen Priorität der Parochialgemeinden vor der Gesamtgemeinde vertrat, Seeliger neuestens für gleichzeitiges Auftreten beider sich aussprach, insofern sich die als kirchliche Verwaltungsbezirke älteren Parochien weltliche Kommunalaufgaben aneigneten (Seeliger a. a. O., 60 f., 85 f.), hatten Hegel (a. a. O., XXI) und von Below (Entstehg. der Stadtgemeinde, 43) sich mit Recht für die Priorität der Parochialgemeinden ausgesprochen. Neuerdings ist v. Below von seinem früheren Standpunkt abgewichen (Stadtgemeinde, Landgemeinde, Gilde, 423), nachdem die einheitliche Almende im Sinne Keussens (vgl. oben S. 15) ihm ermöglichte, die älteste Kölner Gemeinde als Einheit zu erfassen. Es ist aber im Auge zu behalten, daß hier nicht die Frage des zeitlichen Verhältnisses der Parochialgemeinden zur ältesten Kölner Gemeinde, sondern zur Gesamtgemeinde des 12. Jahrhts. in Frage steht.

aber auch nach diesem Zeitpunkt ihre Bedeutung für das bürgerliche Gemeinwesen nicht eingebüßt haben, gilt es zunächst über ihren Anteil an der Bildung der Gesamtgemeinde Klarheit zu gewinnen. Den verfehlten älteren Versuchen, diese Parochialgemeinden als Markgenossenschaften zu deuten, sind wir früher begegnet.¹⁾ Hatte noch Lau²⁾ das Verhältnis der Sondergemeinden zu den Pfarrbezirken als etwas mehr Zufälliges bezeichnet, so steht seit den Forschungen Keussens³⁾ fest, daß in der Tat die ältesten, seit dem 10.—11. Jahrhundert⁴⁾ gebildeten Parochien auch die Träger der Sondergemeinden von Altköln gewesen sind. Weltliche Gemeindebestrebungen haben sich in diese kirchlichen Pfarrverbände eingeschlichen, ohne daß diese selbst an ältere Verbände des weltlichen Rechts angeknüpft hätten.⁵⁾ Dagegen entstand in den jüngeren Bildungen, so namentlich in den beiden wichtigsten Außenbezirken Niederich und Oversburg, die Sondergemeinde außer Zusammenhang mit der kirchlichen Pfarreinteilung im Anschluß an die eigene Gerichtsorganisation dieser Distrikte.⁶⁾

Ist das letztere aus der späteren Entstehung dieser Verbände und aus der allgemeinen Erscheinung der Gerichtsverfassung als Unterlage für die Gemeindebildung leicht zu verstehen, so bedeutet die Verwendung der kirchlichen Pfarrbezirke für Zwecke der bürgerlichen Selbständigkeitsbewegung ein rechtsgeschichtliches Problem. Auch hierin hat Keussen noch neuestens⁷⁾ unsere Erkenntnis sehr gefördert. Unter Hinweis auf italienische Parallelererscheinungen hören wir, welch weitgehende Rechte kirchlicher Selbstverwaltung diese Kölner Pfarrgemeinden frühzeitig errungen hatten. Sie alle besaßen ein mehr oder weniger ausgedehntes Pfarrwahlrecht, das sie in zahlreichen Pfarrwahlstreitigkeiten mächtigen Prälaten gegenüber zu behaupten vermochten. Wir werden Keussen darin gern recht geben,

¹⁾ Vgl. oben S. 14. — ²⁾ A. a. O., 160 ff. — ³⁾ Westd. Zeitschr. Bd. 20, S. 18, 21 ff. — ⁴⁾ Vgl. jetzt über die Entstehungszeit der Parochien Keussen, Westd. Zeitschr. 28, 479 Anm. 51. — ⁵⁾ Vgl. Seeliger a. a. O., 58 f. — ⁶⁾ Vgl. Lau a. a. O., 163; Seeliger a. a. O., 60. — ⁷⁾ Westd. Zeitschr. 28, 479 ff.

daß Pfarrgenossen von solcher Selbständigkeit auf kirchlichem Gebiete bald „nach der bürgerlichen Seite hin nicht einfach die Vertretung ihrer Interessen durch den Stadtherrn und seine Beamten hinnahmen“. Schon Lau hatte bemerkt, daß das einmal geweckte bürgerliche Selbstgefühl, das sich nach Organisation und Tätigkeitsfeld umsah, zunächst „die schon bestehenden Institute und Bezirke als Grundlage für die kommunalen Behörden und die Gemeindebezirke benutzt“ haben werde.¹⁾

Zwei gewählte Amtleute standen an der Spitze der Parochialgemeinden, ohne daß bis jetzt untersucht wäre, ob etwa auch hierfür eine kirchliche Vorstufe, die sie z. B. als Fabrikpfleger Verwendung finden ließ, vorhanden war. Als weltliche Aufgabe der Sondergemeinden begegnet seit ungefähr 1135 ihre Mitwirkung beim Liegenschaftsverkehr, die berühmte Schreinspraxis. Ferner eine Bagatellgerichtsbarkeit über Geldschulden bis zu 5 Schillingen, Burgericht genannt.²⁾ Die Anfänge dieser gerichtlichen Tätigkeit der Sondergemeinden verlieren sich im Dunkeln. Für ihr hohes Alter spricht, daß die Rechte der kölnischen Städte Soest und Medebach aus dem 12. Jahrhundert gleichfalls schon ziemlich weitentwickelte Gemeindekompetenzen kennen³⁾, für die doch wohl im großen Köln früher als in jenen kleineren Plätzen die stadtherrliche Zustimmung zu erreichen war. Nachdrücklich weist neuestens Keussen auf die Aufgaben hin, welche die Bewachung der bürgerlichen Mauerlinie den einzelnen Parochialgemeinden zuteilte.⁴⁾ Namentlich aber ist die Rolle zu beachten, die während des 12. Jahrhunderts den vereinigten Amtleuten der Parochialgemeinden zufiel, die zeitweilig neben den Schöffen des Altkölner Gerichts als Organ der Gesamtgemeinde auftraten.⁵⁾ An den vorstehen-

¹⁾ Vgl. Lau a. a. O., 163. — ²⁾ Vgl. Lau a. a. O., 169. — ³⁾ Vgl. das älteste Soester Stadtrecht Ziff. 22, 36, 37, 38, 44 (Keutgen, Urkunden Nr. 139), Medebach, Handfeste von 1165, Ziff. 18, 20 (Keutgen, Urkunden Nr. 141). — ⁴⁾ Vgl. Keussen, Westd. Zeitschr. 28, 498 f. — ⁵⁾ Seeliger erblickt in dieser Vereinigung der Parochialamtleute geradezu den ältesten Magistrat der Stadt (a. a. O., 64), namentlich gestützt auf die wichtige Urkunde von 1174 (Ennen-Eckertz, Quellen I, 85), in welcher diese Amtleute für die Gesamtgemeinde

den Momenten muß der Anteil der Parochialgemeinden am Unabhängigkeitskampf der Bürger und an der Bildung der Gesamtgemeinde bemessen werden. Folgendes steht fest. Die Anfänge des Hinüberwachsens der Parochialverfassung in das weltliche Recht liegen aller Wahrscheinlichkeit nach vor den Ereignissen des beginnenden 12. Jahrhunderts. Durch die Bildung der erweiterten Gesamtgemeinde wurden aber die Sondergemeinden nicht beseitigt, sondern standen fortdauernd im Dienste der bürgerlichen Emanzipationsbewegung. Ja der Zusammenschluß der Kölner Bürgerschaft führte zu einer gesteigerten Kraftentfaltung in den Parochien, die sich in der Wahrnehmung kommunaler Aufgaben nach einheitlichen Grundsätzen und in Unterordnung unter eine zentrale Oberleitung deutlich geltend macht.¹⁾ Die Sondergemeinden traten unter den Schatten der Gesamtgemeinde, der es nunmehr nachzugehen gilt.

Die Deutung der Coniuratio von 1112 steht hier im Vordergrund. Fünfzig Jahre später, um 1160, trug der Mönch von St. Pantaleon darüber in die große Kölner Königschronik die kurze Nachricht ein: „Coniuratio Coloniae facta est pro libertate“. ²⁾ Was für ein Eidbund mochte dies sein?

Schon Gierke nahm an³⁾, daß das autonome Leben der Bürgerschaften auf geschworenen Einungen, d. h. auf gewillkürten Genossenschaften oder Gilden i. w. S. aufbaue; er fügte hinzu, daß sich nur so die staufischen Verbote gegen die Coniurationes in den Städten, wie sie namentlich für Trier überliefert sind, erklären lassen. Für Köln im besonderen hat zuerst Hegel ein geschlossenes Bild von der Entwicklung der Gesamtgemeinde auf dem breiten Hintergrund der politischen Ereignisse aufgebaut. Auch er deutete die Stelle des Chronisten im Sinne Gierkes als dauernde

Bürgerschaft leisten („magistri parrochiarum pro universis civibus similiter firmaverunt“). Auf den eigenartigen Versuch Keussens, Parochialvorstände und Richerzeche in Verbindung zu bringen, wird zurückzukommen sein.

¹⁾ Vgl. Keussen a. a. O., 500. — ²⁾ Chron. Reg. Col. 1112 (ed. Waitz, 52). — ³⁾ Genossenschaftsrecht I 221, 267f.

geschworene Einung, nicht als vorübergehende Verschwörung¹⁾, dagegen ist Lau, der im übrigen die Gesamtgemeinde im Zusammenschluß der Sondergemeinden unter Führung des Schöffenkollegs der Altstadt ihre erste Vertretung finden läßt, der Bedeutung der Coniuratio nicht gerecht geworden.²⁾ Oppermann verspernte sich die Erkenntnis ihres Inhaltes durch seine bereits erwähnte willkürliche Hypothese einer in ihr enthaltenen Verschmelzung der Schöffenbänke von Altgemeinde und Marktgemeinde.³⁾ Im Gegensatz dazu brachte Heldmann der Coniuratio nur Resignation entgegen⁴⁾, dafür sah er richtig im bürgerlichen Mauerbau ein ausschlaggebendes Moment für die kommunale Entwicklung⁵⁾, auf das zurückzukommen ist. Erst H. v. Loesch ist mit Recht zur alten Meinung von Gierke und Hegel zurückgekehrt⁶⁾, daß es sich im Jahre 1112 um die Schaffung einer Kommune, einer Schwurvereinigung der aufstrebenden Bürgerschaft gehandelt habe, die sich außer Zusammenhang mit der alten Kaufmannsgilde vollzog. Sein Hinweis auf die flandrischen Vorbilder (Kommune von Cambray 1107) ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Bot er doch Joachim Veranlassung, in gründlichen Ausführungen zur Frage der Kommune Stellung zu nehmen.⁷⁾ Joachim hat, wenn auch noch mit Vorbehalt, die Möglichkeit zugegeben, daß auch die Kölner Coniuratio von 1112 in den Rahmen einer von Nordfrankreich und Flandern ausgehenden Bewegung, gerichtet auf Schaffung freiheitlicher Bürgerkommunen, zu stellen sei. Seine auf die Marktgemeinde von St. Martin aufgebaute Gildetheorie sucht Joachim dadurch zu retten, daß er die Kommune nicht als „Form aller Gemeindebildung“ gelten läßt, in ihr vielmehr „einen bestimmten fortgeschrittenen Typus der Gemeinde“ sieht. Wir werden dies gerne zugeben und die frühen Kaufmannsgilden von den bürgerlichen Kommunen des 12. Jahrhunderts scheiden. Auch darin bewegt sich Joachim auf den gut fundierten Bahnen Gierkes, daß auch ihm „die Kommune ihrem formalen, durch den

¹⁾ Hegel a. a. O., XXVII Anm. 1. — ²⁾ Vgl. Lau a. a. O., 72 ff., bes. 74. — ³⁾ Vgl. Oppermann a. a. O., 33 f. — ⁴⁾ A. a. O., 39 f. — ⁵⁾ A. a. O., 111 f. — ⁶⁾ Hansische Geschichtsblätter 1906, 424 f. — ⁷⁾ Vgl. H. Joachim, Westd. Zeitschr. 1906, 94 ff.

Schwur bestimmten Charakter nach eine Gilde“ ist.¹⁾ Dagegen kann nach den neuesten Forschungen dem weiteren Versuche Joachims, die Kölner Coniuratio von 1112 als bedeutungslos hinzustellen, nicht beigetreten werden, zumal das Gegenstück der Freiburger Coniuratio für den von Joachim benötigten Kontrast versagt. Wichtige Etappen der kommunalen Entwicklung blieben überall ohne Niederschlag in den Quellen, ohne daß daraus ein Schluß für oder gegen deren Beachtung oder Bewertung durch die Zeitgenossen gestattet wäre. Ein Hinblick auf die bürgerlichen Befestigungsleistungen, auf das von einheitlichen Gesichtspunkten getragene Schreinskartenwesen und auf den 50 Jahre nach dem Ereignis erfolgten lakonischen Eintrag in der Königschronik hätte Joachim vor solcher Unterschätzung bewahren sollen.

Wir hörten schon, daß Seeliger die Gesamtgemeinde Köln als eine Neuschöpfung des 12. Jahrhunderts auffaßt²⁾, der lediglich eine „trotz der Verschiedenheit des Gerichtswesens“ hochgekommene bürgerliche „Interessen- und Rechtsgemeinschaft“ vorangegangen sei. In Mauerbau und Bürgersteuer erblickt er mit Recht die stärksten Hebel der bürgerlichen Solidarität. Der Coniuratio von 1112 steht Seeliger skeptisch gegenüber³⁾, doch stellt auch er sie in den Zusammenhang der von Westen herdringenden kommunalen Bewegung. Mehr Positives bringen die neuesten Ausführungen v. Belows⁴⁾, der die Kölner Coniuratio gleichfalls als einen Ausläufer der nordfranzösisch-flandrischen Kommunenbewegung ansieht und zu deren Würdigung wertvolle Bemerkungen beisteuert. Irrig ist freilich, wenn v. Below diesen Kommunen jeden Zusammenhang mit der Rechtsfigur der Gilde bestreiten will.⁵⁾ Andererseits nimmt v. Below mit Recht an, daß, sowenig die Gilde eine allgemein vorhandene Unterlage der Marktgründungen gewesen ist, die Kommunenbewegung des 12. Jahrhunderts sehr zahlreiche deutsche Städte ergriffen habe. Die letztere stelle vielmehr

¹⁾ A. a. O., 99; vgl. auch E. Meyer, Deutsche u. franz. Verfass.-Geschichte I, 526 ff. — ²⁾ A. a. O., 61 ff. — ³⁾ A. a. O., 69 f. — ⁴⁾ Vgl. v. Below, Stadtgemeinde, Landgemeinde, Gilde, 431 ff. — ⁵⁾ A. a. O., 434, 443.

lediglich unter mehreren „eine charakteristische Form“ dar, durch die viele Gemeinden neue Rechte erwerben und ihre Einrichtungen fortbilden“. Aber „die Coniurationes sind stets Vereinigungen einer schon vorhandenen Stadtgemeinde“. Man kann dies im allgemeinen zugeben und doch die Möglichkeit offenhalten, daß in Großstädten wie Köln, die sich aus rechtlichen Einzelgebilden zusammenschlossen, das Schwurband bei Schaffung der Gesamtbürgerschaft die ausschlaggebende Rolle gespielt hat.

Für die Entstehung der Stadtgemeinde Köln finden wir endlich in der neuesten Abhandlung von Keussen¹⁾ eine Menge trefflicher Beobachtungen, welche das bis dahin vielfach nur umrißhafte Bild mit Farbe und Leben erfüllen. Von Stadterweiterung und Mauerbau geht Keussen aus. Die seit den Tagen Heinrichs IV. erwachende Selbständigkeit des Kölner Bürgertums hat, das ist der Kern seiner Darlegungen, in den Jahren 1106—1112 durch die Vereinigung der Römerstadt und der großen Vorstädte Niederich und Oversburg mittels einheitlicher Ummauerung eine neue Gemeinde geschaffen und durch den Eidbund von 1112 zu dauerndem Bestande gebracht.²⁾ Siebzig Jahre später ist bei Gelegenheit der letzten Stadterweiterung nochmals ein ähnlicher Vorgang eingetreten. Im Gegensatz zu den skeptischen Äußerungen Seeligers und anderer kann nach Keussen von einer bloß vorübergehenden Wirkung der Coniuratio von 1112 nicht die Rede sein. Sie galt den Zeitgenossen und Nachkommen als ein großes Ereignis der bürgerlichen Freiheitsbewegung, da der 50 Jahre später schreibende Verfasser der Königschronik ihrer ohne jede Erläuterung Erwähnung tun konnte. Keussen untersucht sodann die Form der Coniuratio. „Daß die sechs Jahre vorher in gemeinsamer Befestigung vereinte Bürgerschaft sich als regellose Masse verbunden haben könne, widerstrebt der nüchternen Erwägung“. ³⁾ In den vereinigten Schöffengeschlechtern der 3 Gerichte und in den gewählten Vorständen der damals schon länger organisierten Kleingemeinden erkennt Keussen die Elemente der von ihnen gesuchten Organisation. Er

¹⁾ Westd. Zeitschr. 28, 465 ff. — ²⁾ A. a. O., 489. — ³⁾ A. a. O., 490.

berührt sich insoweit mit Seeliger, geht aber durch seine alsbald zu besprechende Gleichsetzung dieser Vertreter der Gesamtgemeinde mit den Mitgliedern der Richerzeche völlig eigene Wege.

Die nachhaltige Wirkung der Coniuratio von 1112 zeigt sodann Keussen, indem er auf knappem Rahmen das erfolgreiche Vordringen der Kölner Bürgerschaft während des 12. Jahrhunderts skizziert. Es äußerte sich in selbständiger Außenpolitik, in Durchsetzung des bürgerlichen Befestigungsrechts, im Steuerwesen und in der Gerichtsbarkeit (Schreinspraxis). Nur einzelne Punkte seien herausgegriffen.

Die militärische Selbständigkeit der Bürgerschaft geht aus von der 1106 im Gegensatz zum Erzbischof geschaffenen Ummauerung der beiden Vorstädte. Sie hatte die Lahmlegung der stadtherrlichen Befestigungslinie für den größten Teil des Mauerrings zur Folge.¹⁾ Damit war das stadtherrliche Befestigungsregal angetastet, ein entscheidendes Kriterium für das Erwachen der selbständigen Stadtpersönlichkeit, noch wichtiger als die Annahme eines eigenen Siegels. Schon Heldmann hatte dem Moment des Mauerbaues für den Zusammenschluß von Großköln Beachtung zugewandt, allerdings erst im Hinblick auf die letzte Stadterweiterung von 1180. Keussen hat den Gegensatz zwischen stadtherrlicher Befestigungshoheit und autonomem bürgerlichen Mauerbau ungleich schärfer erkannt, wenn auch noch nicht in seinen Konsequenzen für die bürgerliche Besteuerung durchgedacht. Wie viel bürgerliche Kraft mußte zu Köln am Beginn des 12. Jahrhunderts gebunden vorhanden sein, um in kürzester Zeit die stadtherrliche Festung durch eigenen Mauerbau illusorisch zu machen! Es wäre in den Augen der Zeit ungeheuerlich erschienen, ohne weiteres in das Befestigungswesen, ein bis dahin behauptetes Regal des Königs und der damit privilegierten Fürsten, einen solchen Eingriff zu wagen. So verstehen wir recht, wie selbst die Kölner nur auf Geheiß Heinrichs IV. die Ummauerung unternahmen. Dieses Auspielen des alten Königsrechts gegen den verfeindeten Erzbischof war ein Beginnen ohne ähnlichen Vor-

¹⁾ A. a. O., 496 ff.

gang.¹⁾ Aber kaum war Köln in Besitz seiner bürgerlichen Mauer gekommen, da verwandte es dieses Hoheitsrecht nach freier Selbstbestimmung, auch gegen den König. In dieser Beziehung sind die Ausführungen Keussens über die Zuweisung der Torhut an die einzelnen Parochialgemeinden, eine bürgerliche Maßregel, die in das frühe 12. Jahrhundert zurückreicht, sehr beachtenswert.²⁾ Die Zuteilung der Aufgabe erfolgte nicht bloß nach der den betreffenden Toren benachbarten Lage der einzelnen Pfarrbezirke, sondern von einheitlicher Spitze aus in souveräner Inanspruchnahme der bürgerlichen Wehrpflicht. Sie führte zu allerhand Dislozierungen, die ein vollentwickeltes bürgerliches Militärwesen für die erste Hälfte des 12. Jahrhunderts voraussetzen. Im Eigentum der Parochialgemeinden standen Tore und Mauern der Befestigungslinie von 1106 noch lange, nachdem auch dieser Ring durch die große Außenmauer von 1180 seine militärische Bedeutung eingebüßt hatte.

In neues Licht hat Keussen vor allem auch den erzbischöflichen Schied von 1154³⁾ über die Steuerpflicht des Vorortes St. Pantaleon gerückt.⁴⁾ Damals sprach der Erzbischof prinzipiell aus, daß die Bewohner der Kölner Vororte erst von dem Momente zur allgemeinen bürgerlichen Steuer heranzuziehen seien, wo sie durch eine Mauererweiterung in den Festungsring eingeschlossen würden. Hieraus entnimmt Keussen mit Recht, daß sich der Stadtherr mit der bürgerlichen Besteuerung nur im Hinblick auf die bürgerlichen Aufwendungen für den Mauerbau abfinden konnte.⁵⁾ In jenen Jahren guten Einvernehmens zwischen Erzbischof und Bürgerschaft mochte es als nützliche Geschäftsführung für den Stadtherrn erscheinen, wenn die Bürgerschaft gegen Gewährung des Besteuerungsrechtes die Kosten der Stadtbefestigung und ihrer Bewachung trug.

Finanzielle Aufwendungen erforderte aber der bürger-

¹⁾ Keussen a. a. O., 492. — ²⁾ Keussen a. a. O., 498f. —

³⁾ Keutgen, Urkunden Nr. 32. — ⁴⁾ Auf denselben hat schon Heldmann (a. a. O., 111f.) und zuletzt Seeliger (a. a. O., 62) hingewiesen.

— ⁵⁾ Keussen a. a. O., 494, 500. Als erster König hat Otto IV. den Kölnern im Jahre 1212 eine beschränkte Steuer zugunsten ihrer Befestigung bewilligt. Vgl. ebenda, 513f.

liche Mauerbau vom ersten Tage an. Daher bedeutet für Köln die Befestigung von 1106 den Anlaß zur Entstehung einer städtischen Finanzwirtschaft. Nur eines ist dabei stets, so auch von Keussen, übersehen worden, in welcher enger Beziehung die Aufbringung dieser Geldmittel zur Coniuratio von 1112 gestanden haben dürfte.

Viele Leistungsverpflichtungen zu öffentlichen Zwecken, die wir heute in Kraft des Gesetzes zu erfüllen gewohnt sind, bedurften in alter Zeit einer Begründung im Willen der Beteiligten. Die meisten öffentlichrechtlichen Institute haben eine privatrechtliche Vorstufe durchlebt. Wer sollte eines Tages als Vertreter der Gesamtheit mit der Machtbefugnis aufgetreten sein, von allen Bürgern Steuern zu erheben, wenn diese nicht durch Beschluß aller übernommen waren? Was nachmals der Bürgereid für den einzelnen bedeutete, der damit die Erfüllung der Bürgerpflichten gelobte, das konnte am Anfange die Schwurvereinigung der Gesamtheit leisten. Sie enthielt die Willensbindung, welche Schuld und Haftung für die Bürgersteuer zu begründen vermochte. Die Zahlung der Steuer ist Erfüllung einer Genossenschaftspflicht, die Genossenschaft selbst ein Schwurverband.

Damit soll nicht im Gegensatz zum oben eingenommenen Standpunkte die Gilde zur unerläßlichen Voraussetzung aller anfänglichen Bürgerpflichten gestempelt werden. In Städten, deren Gericht eine Einheit bildete, muß hierzu auch der genossenschaftliche Dingverband ausgereicht haben. In Köln aber, das zunächst im Jahre 1106 drei selbständige Gerichtsgemeinden zu einer Einheit verschmolz, war erst das einigende Rechtsband zu schaffen, das über die Grenzen der einzelnen Gerichtsverbände hinaus wirken konnte. Da dieses Rechtsband in den öffentlichen Einrichtungen der stadtherrlichen Verfassung nicht vorhanden war, konnte es nur durch freigenossenschaftlichen Zusammenschluß gewonnen werden. So hatte der Eidverband zu Köln ganz besondere, über die Bedürfnisse kleinerer Plätze weithinausgehende Aufgaben zu erfüllen.

Der Anteil, welcher der Altkölner Schöffenbank und den Vertretern der Sondergemeinden an diesem Zusammenschluß, der Coniuratio von 1112, zufiel, wird dadurch um

nichts geschmälert.¹⁾ Dagegen besaß die innerhalb des Mauerringes von 1106 wohnhafte Bürgerschaft so sehr das Übergewicht über die im Jahre 1180 angeschlossenen Gemeinden der Außenstifter, daß jetzt eine nochmalige gildenartige Schwurvereinigung bei Gelegenheit der Eingemeindungen von 1180 nicht mehr nötig war. Vielmehr wird man sich den Vorgang so zu denken haben, daß die Bewohnerschaft der hinzutretenden Vororte durch Leistung des Bürgereides in die bereits innerlich erstarkte Bürgerschaft eintrat. Daher ging die Meinung Heldmanns²⁾ fehl, wenn er die Hinausschiebung des Mauerrings im Jahre 1180 als eine wirtschaftliche Lebensfrage der Innerstadt hinstellte, die sich damit „aus der Umklammerung durch die aufstrebenden autonomen Vorstädte der großen Stifter“ hätte befreien wollen. Das war zu sehr dem Bilde moderner Großstädte abgelesen. Der große Mauerbau von 1180 ist vielmehr als politische Tat gegen den Kaiser aufzufassen, welche die Kölner im Einverständnis mit Erzbischof Philipp ins Werk setzten.³⁾ Daher mußte die neue Befestigung bei der Versöhnung, die zwischen Friedrich I. und den Kölnern nebst ihrem Erzbischofe auf dem Mainzer Reichstage 1188 erfolgte, eine symbolische Schleifung durch vorübergehenden Abbruch einzelner Stellen über sich ergehen lassen.⁴⁾

Die Coniuratio von 1112 als dauernde Vereinigung und die ihr folgenden freiheitlichen Bestrebungen der Kölner Bürgerschaft während des 12. Jahrhunderts konnten unmöglich von einer „nicht organisierten Volksmasse getragen werden.“⁵⁾ Es gilt also noch, wovon bisher nur gelegentlich die Rede war, die Organe der erweiterten Bürgerschaft zu ermitteln.

Nach dem Gesetze der historischen Kontinuität hat die Kölner Forschung seit Jahren ihren Blick auf die schon vor der Coniuratio vorhandenen Ausschüsse kommunalen Charakters gelenkt und im zentralen Schöffenkolleg der Altstadt sowie in den Amtleuten der Parochien die gesuchten Organe erblickt. Wenn wirklich die Dinggemeinde des stadtherrlichen

¹⁾ Vgl. unten. — ²⁾ A. a. O., 111 f. — ³⁾ Vgl. Hegel a. a. O. XXXIII. — ⁴⁾ Vgl. Hegel a. a. O., XXXIII Anm. 2, 4. — ⁵⁾ Keussen a. a. O., 503.

Zentralgerichts die Quelle genossenschaftlichen Lebens war, als welche wir sie erkannt haben, so muß auch das aus den angesehensten Bürgern gebildete Schöffenkolleg von Anfang an als geborner Repräsentant der erweiterten Gemeinde in Tätigkeit getreten sein.¹⁾ Es genügt zum Beweise auf die von Lau²⁾ gesammelten Belege hinzudeuten, aus denen sich ergibt, daß der Schöffenbank des Zentralgerichts für die Entwicklung des kommunalen Lebens eine ausschlaggebende Stellung zugekommen ist. Seeliger gelangt³⁾ auf Grund einer eingehenden Nachprüfung des Urkundenmaterials zu denselben Ergebnissen. Und auch Keussen⁴⁾ erkennt die Schöffen der Altstadt als ein wichtiges Gemeindeorgan an.⁵⁾

Es war sodann namentlich der Inhalt einer erzbischöflichen Urkunde von 1174, in welcher sich die Amtleute der Sondergemeinden (*magistri parrochiarum*) für die gesamte Bürgerschaft verbürgten, der Seeliger⁶⁾ veranlaßte, in den vereinigten Parochialamtleuten ein weiteres Organ der Gesamtgemeinde des 12. Jahrhunderts zu erblicken.⁷⁾ Dagegen wollte Seeliger von einer offiziellen Stellung der in ihren Anfängen dunkeln Richerzeche vor 1180 nichts wissen.⁸⁾ Man hätte sich also die Leitung des kommunalen Lebens von Gesamtköln während des 12. Jahrhunderts überwiegend in Händen der Altkölner Schöffengeschlechter zu denken, zu denen sich in besonders wichtigen Fällen die Amtleute der Parochien und Vorstädte als eine weitere Vertretung der Bürgerschaft gesellt haben mochten.

An Stelle dieser durch die Forschungen von Lau und Seeliger gefestigt scheinenden Auffassung hat nun

¹⁾ So schon Gierke, *Genossenschaftsrecht* I, 271. — ²⁾ A. a. O., 74 f. — ³⁾ A. a. O., 61 ff., bes. 66. — ⁴⁾ A. a. O., 491. — ⁵⁾ Nannten sich doch, wie Keussen (a. a. O., 438 ff.) außer Zweifel stellt, die Schöffen selbst Senatoren von Köln. Der klassische Titel (*senatores*) scheint in der Tat, wie er damals in Rom nach jahrhundertelanger Vergessenheit wieder erwachte (vgl. Keussen a. a. O., 489 Anm. 99), durch die italienischen Handelsbeziehungen der Kölner an den Rhein gedungen und vorzugsweise zur Bezeichnung der Schöffen in ihrer Eigenschaft als Vertreter der Gemeinde in Schwang gekommen zu sein. — ⁶⁾ A. a. O., 64. — ⁷⁾ Vgl. auch Lau a. a. O., 75 zu Anm. 8. — ⁸⁾ A. a. O., 68; Anm. 3 ebenda bietet eine Übersicht der über das Wesen der Richerzeche vertretenen Auffassungen.

Keussen¹⁾ einen völligen Neubau gesetzt. Er griff eine gelegentliche Bemerkung v. Belows²⁾ auf, daß zu der Zeit, „in welcher die Richerzeche noch nicht vorhanden zu sein scheine, bei Verfügungen der Stadt neben dem Schöffenkollegium noch andere Personen genannt werden“. Als Erklärung fügte v. Below hinzu, das Schöffenkollegium der Altstadt hätte „nicht so ohne weiteres die Vorstädte mitvertreten“ können. Auch Keussen nimmt nun an, die Coniuratio von 1112 müsse ein Organ erhalten haben, das auch den großen Vorstädten Niederich und Oversburg neben den altstädtischen Schöffen eine Vertretung in der Zentralleitung gewährte. Dieses Organ erkennt Keussen nicht etwa in der Vereinigung von Altstadtschöffen und Schöffen beziehungsweise Gemeindeamtleuten der Vorstädte als solchen, sondern — in der Richerzeche, welche all diese Elemente in einem einheitlichen Ausschuß der Vornehmen vereinigt hätte. Das Neue an Keussens Auffassung liegt mithin darin, daß er die Richerzeche, welche die bisherigen Forscher seit etwa der Mitte des 12. Jahrhunderts aus einem Privatklub der Reichen zu einem politisch führenden Organ aufsteigen ließen, genetisch mit der Coniuratio von 1112 verknüpft, ihre Existenz also gegenüber der bisherigen Annahme um ein Halbjahrhundert zurückverlegt.

Sehen wir uns seine Argumente kurz an.

Das Bürgerhaus (*domus civium*), welches schon in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts abwechselnd auch als Haus der Reichen (*domus divitum*)³⁾ bezeichnet wird, war schon zur Zeit der Ausstellung der berühmten Bestätigungsurkunde für die Bruderschaft der Bettziechenweber von 1149⁴⁾ der Sitz der bürgerlichen Verwaltung. Die Bestätigung jener Bruderschaft erfolgte durch die Unterrichter, die Schöffen und die Vornehmen der ganzen Stadt⁵⁾ unter Vollbort der Gemeinde. Die lange Zeugenreihe faßt die in ihr Genannten als „*viri illustres et tocius civitatis probatissimi*“ zusammen.

¹⁾ A. a. O., 503 ff. — ²⁾ Entstehung der deutsch. Stadtgemeinde, 47 Anm. 139. — ³⁾ Vgl. Höniger, Schreinsurkunden I, 227, 6; Seeliger a. a. O., 67 Anm. 1. — ⁴⁾ Keutgen, Urkunden Nr. 255. — ⁵⁾ Ab advocato Ricolfo, a comite Hermano, a senatoribus, a melioribus quoque tocius civitatis.

Die „Richerzeche selbst wurde frühzeitig das Amt auf dem Bürgerhause“ genannt. Gegen Seeliger, der die Führung des ältesten Bürgersiegels den Schöffen zuwies¹⁾, führt Keussen triftige Gründe ins Feld²⁾, wonach das Siegel von der Richerzeche verwaltet wurde. Hängt es doch zuerst an eben jener Zunfturkunde von 1149 und wissen wir, daß die Bestätigung von Handwerkerzünften neben der Verleihung des Bürgerrechts die bedeutendsten politischen Vorrechte der Richerzeche waren. Trotz Schwankens der Quellen im Ausdruck macht es Keussen wahrscheinlich, daß hinter all den „*meliores civitatis*“ (1149), „*viri illustres et tocius civitatis probatissimi*“ (ebd.), „*cives consiliati*“ (1150/1165), „*sapientes civitatis*“ (1150/1180), „*honorati*“ (1151), „*optimates huius urbis*“ (1152), „*cives sanioris consilii*“ (um 1155), „*potiores cives*“ (1159) nicht zufällig ausgewählte Bürger von Stand und Ansehen, sondern eben die Mitglieder jenes Ausschusses der Vornehmen zu verstehen seien. Die weiteren Tatsachen, daß die Schöffen vielfach in Personalunion Mitglieder der Richerzeche waren³⁾, daß eines der beiden Häupter der Richerzeche (Bürgermeister) stets aus der Mitte der Schöffen genommen sein mußte, führten Keussen zur Annahme⁴⁾, in der Richerzeche einen Kompromiß zwischen den Schöffen der Altstadt und denen der bei der Stadterweiterung von 1106 eingemeindeten Vorstädte zu erblicken.⁵⁾ Keussen wirft sodann einen Ausblick auf andere Städte mit Kommunebildung, die gleichfalls frühzeitig derartige Ausschüsse als legale Organe besaßen.⁶⁾ Die Erklärung für die schwankende Bezeichnung der Kölner Richerzeche und ihr Zurücktreten in offiziellen Akten des Stadtherrn findet Keussen darin, daß sie erst in der allgemeinen Privilegienbestätigung durch Erzbischof Philipp im Jahre 1180 die Anerkennung des Stadtherrn gefunden habe.

¹⁾ A. a. O., 66. — ²⁾ A. a. O., 506 f. — ³⁾ Vgl. Keussen a. a. O., 510. — ⁴⁾ A. a. O., 511. — ⁵⁾ Als Kompromiß zwischen Schöffenkolleg und Kaufmannsgilde faßt Holtschmidt (Die Kölner Ratsverfassung [Beitr. z. Gesch. d. Niederrhs. XXI, 4] die Richerzeche auf, was sich mit der älteren Meinung von Oppermann berührt. — ⁶⁾ So in Cambray: „*maiores communie*“ oder „*iurati*“, vgl. Reinecke, Gesch. d. Stadt Cambray, 179 ff.; vgl. jetzt auch Holtzmann, Franz. Verfassungsgesch., 174.

Gleichwie die Coniuratio von 1112 auf solche Weise in der Richerzeche ihr leitendes Organ erhalten habe, so sei, fährt Keussen fort, bei der zweiten großen Stadterweiterung von 1180 den damals eingemeindeten Vororten durch die Schöpfung des Rates eine Vertretung in der Gesamtgemeinde zuteil geworden. Allerdings hätte sich der Rat in langwierigem Kampfe gegen die exklusiven Tendenzen von Schöffen und Richerzeche und gegen den Stadtherrn hochringen müssen. Dabei empfängt der auch in Köln vorhandene Gegensatz des engeren und weiteren Rates von Keussen eine neue Deutung.¹⁾ Während Lau in dem seit 1216 belegten Rat den nachmaligen engeren Rat sah, neben welchen erst in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts der 82 Köpfe zählende, aus Wahlen der Parochialgemeinden hervorgehende weitere Rat getreten sei²⁾, nimmt jetzt Keussen für den weiteren Rat das höhere Alter in Anspruch und sieht in ihm eine durch die Stadterweiterung von 1180 hervorgerufene demokratische Gemeindevertretung der Kirchspielsgenossenschaften, das Gegenstück zu den aristokratischen Ausschüssen der Schöffenbank und der Richerzeche; erst aus dem weiteren Rat sei mit fortschreitender Aufrichtung der Geschlechterherrschaft der engere Rat als die eigentlich leitende Stadtbehörde hervorgegangen und habe schließlich die Stelle von Schöffen- und Richerzeche eingenommen.

In kühnen Strichen hat hier Keussen versucht, das Bild der Kölner Verfassungsentwicklung im 12. und 13. Jahrhundert allseitig klarzustellen. Doch befriedigt dasselbe nicht so, wie die früher erörterten Partien der Keussenschen Forschungen. Angesichts der überaus späten Erwähnung des weiteren Rates und aus Analogien anderer Stadtverfassungen scheint seine zeitliche Zurückverlegung in die Zeit um 1180 sehr gewagt. Wir sahen bereits, daß bei den Eingemeindungen von 1180 das Bedürfnis nach Schaffung einer einheitlichen Gesamtvertretung der Bürgerschaft unmöglich in gleichem Maße vorhanden gewesen sein kann, als am Beginne der bürgerlichen Selbständigkeitsbewegung. Daher verdient die Auffassung, die Lau³⁾ über die Anfänge des

¹⁾ A. a. O., 517 ff. — ²⁾ Vgl. Lau a. a. O., 115 ff. — ³⁾ A. a. O., 99 f.

Rates entwickelt hat, den Vorzug. Er sieht in ihm eine Neuschöpfung von demokratisierender Tendenz, dazu berufen, bisher am Stadtre Regiment nicht beteiligten Bürgergruppen politische Rechte zu verleihen.

Beachtenswerter ist dagegen der Versuch Keussens, die Richerzeche mit der Coniuratio von 1112 in Verbindung zu bringen. Zu den Argumenten, die Keussen selbst dafür vorträgt und die wir vernommen haben, scheint mir namentlich die Freiburger Coniuratio von 1120 gestellt werden zu müssen. Denn liegt in den Coniuratores fori Freiburgs wirklich ein engerer Ausschuß bevorrechteter Marktansiedler vor und tendieren die Freiburger Gründungsvorgänge nach Köln als ihrem allgemeinen Vorbild, vielleicht selbst als der Heimat eines Teiles jener Coniuratores, so gewinnt es an Wahrscheinlichkeit, daß schon vor dem Jahre 1120, also dicht bei der Coniuratio von 1112, die Kölner Verfassung den Gegensatz einer großen Gemeinde, wie sie uns als Inhalt der Coniuratio von 1112 gegenübertrat, und eines mit politischen Rechten, wie Gewerbeaufsicht und Verleihung des Bürgerrechtes ausgestatteten engeren Ausschusses gekannt hat. In diesem Zusammenhang ist namentlich die Berechtigung der Kölner Richerzeche zur Verleihung des Bürgerrechtes noch mehr zu unterstreichen, als es Keussen getan hat. Denn bis jetzt ist keine ausreichende Erklärung dafür vorgebracht worden, wie eine lose, außerhalb der ursprünglichen Gemeindeverfassung stehende gesellige Vereinigung vornehmer Bürger das Recht in die Hand bekam, über den Zutritt zur Bürgergenossenschaft zu entscheiden. Wir hätten uns also nach Keussen die Bildung der Großgilde von 1112 so zu denken, daß eine kleinere Zahl angesehener und reicher Bewohner aus der Altstadt und den neuen Bezirken die Bildung der Kommune in die Hand und die Gesamtheit der Bürger in Eidpflicht nahm. Dabei mochten Altkölner Schöffen und bewährte Amtleute der Sondergemeinden in erster Reihe tätig geworden sein, ohne daß doch, wie Keussen meint¹⁾, jener Aktionsausschuß auf solche beschränkt zu sein brauchte. Die betrachteten Vorrechte möchten gewohnheitsrechtlich

¹⁾ A. a. O., 510.

rasch genug einem derartigen Organisationsausschuß zufallen. Als solcher repräsentierte die Richerzeche im Gesamtrahmen des Gildegedankens eine gehobene ratsähnliche Sondergilde mit deutlichen gilderechtlichen Zügen¹⁾: Geselligkeit und Abschließung. Daß man gleichwohl bei öffentlichen Akten das Schöffengericht und gegebenenfalls die Parochialamtleute jahrzehntelang in den Vordergrund schob, muß bei solcher Annahme aus dem Verhältnis zum Stadtherrn, aus der öffentlichen Stellung der Schöffengerichtsbank als eines geborenen Organes der Kölner Gemeinde, endlich aus der erwähnten Tatsache einer weitgehenden Personalunion von Schöffen und Mitgliedern der Richerzeche erklärt werden.

So müssen sich diese kritischen Bemerkungen bescheiden, mit einer offenen Frage abzuschließen. Allein es wird weiterer und tieferer Forschung bedürfen, als sie hier beabsichtigt war, bis auch über die Kölner Richerzeche das letzte Wort gesprochen sein wird.

II.

Zur Theorie der Gerade.

Von

Herrn Dr. Paul Hradil

in Graz.

Literatur und Quellen in abgekürzter Form, erstere nur unter dem Namen der Verfasser zitiert: Agricola, D. Gewere z. recht. Vormundschaft. — Behre, D. Eigentumsverhältnisse im ehel. Güterr. d. Sachsensp. u. Magdeburgerrechts. — Gaupp, Ü. einige Grundzüge d. d. Erbrechts, bes. ü. d. Verhältnis von Nittelgerade, Aussteuer und Witwengerade. Germ. Abt. III 62 ff. — Heusler, Institutionen d. d. Privatr. II. — Hradil, Unters. z. spätmittelalterl. Ehegüterrechtsbildung I. D. Heiratsgut. — Kiesel, D. Bedeutung d. Gewere d. Mannes am Frauengut. Gierkes Unters. 85. — Kraut, Vormundschaft II. — Rosin, Z. f. RG. 39, 292 ff. [Besprechung Behres]. — Schröder, Geschichte d. ehel. Güterr. i. D. — Z = Ztschr. f. Schweizer Recht.

¹⁾ So hatte sie schon Wilda (a. a. O., 176 ff.) aufgefaßt.